Nr. 47 Halle (Saale), Dienstag den 25. Februar 1913 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1,65 Mark ohne Bestellgeld. — „Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig. — Schriftleitung: Harz 42-43. Fernsprecher 885 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf. — Anzeigen für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/43. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Ohrenbläserpolitik.

Eine Ueberraschung hat die Oeffentlichkeit erlebt. Mitglieder der deutschen Bourgeoisie haben Mannesworte gefunden gegen den Thron und die höfischen Ohrenbläser, die ihn umkriechen. Es waren allerdings keine liberalen Bürgersleute; es waren konservative Männer, Landwirte noch dazu aus der Gegend von Elbing, vo Herr v. Oldenburg-Januschau haust, der die brutalste Form der Sozialistenbekämpfung mit höfischer Ohrenbläserkunst zu vereinen weiß. Um so lichter hebt sich das Auftreten seiner Gutsnachbarn von deu januschauerlichen Hintergrunde ab.

Als Wilhelm II. am 12. Februar dem Landwirtschaftsrat mit einer fachmännischen Belehrung über Viehzucht und Körnerbau beglückte, erwähnte er so nebenbei, er habe den Pächter seines Gutes Rehberg, weil er nichts taugte, „hinausgeschmissen“. Die gesamte erlauchte Versammlung nahm das mit freudiger Heiterkeit auf, trotzdem damit jenem Pächter — Helmuth Sohst heißt er — ein schwerer Schlag versetzt wurde, wenigstens in den Augen aller Leute, die Wilhelm II. auch in landwirtschaftlichen Dingen ein maßgebendes fachmännisches Urteil zutrauen.

Jetzt hat aber, wie wir schon berichteten, der landwirtschaftliche Lokalverein in Elbing in einer Resolution Herrn Sohst das Zeugnis ausgestellt, er sei ein tüchtiger, praktischer und erfahrener Landwirt, der seines vorzüglichen Charakters und seiner gediegenen Kenntnisse wegen hochgeschätzt werde und das Gut Rehberg seit fünfzehn Jahren mit Erfolg bewirtschaftet habe. Es wird Herrn Sohst auch seine konservative Gesinnung und Königstreue attestiert. Zum Schluß heißt es dann: „Die von höchster Stelle geäußerte ungünstige Beurteilung bedauern wir tief, glauben indes, daß sie auf unrichtige Informationen zurückzuführen ist.“ In den Erörterungen, die dieser Beschlußfassung vorausgingen, drückte sich ein Redner kräftiger dahin aus, der Kaiser sei „schamlos belogen“ worden. Ein anderer forderte, es müsse dafür gesorgt werden, daß die Ohrenbläser mundtot gemacht würden.

Die Entrüstung, wie der Freimut, mit dem sie zum Ausdruck gebracht wurde, ist durchaus erfreulich. Leider aber sind die Elbinger Landwirte nicht durchgedrungen bis zur Erkennung der wahren Quelle des Uebels, das sie empfinden. Vielleicht gelingt es ihnen, einige Ohrenbläser aufzuspüren und mundtot zu machen. Doch was nützt das? Sind einige Ohrenbläser beseitigt, so kriechen andere an ihre Stelle. Von Ohrenbläsern wird der Monarch beeinflußt in allen Fragen des öffentlichen Lebens. Widerspruch gegen die Anschauungen, die sich der Monarch auf Grund von Ohrenbläsereien gebildet hat, dringt überhaupt nicht an sein Ohr, oder wird ihm von vornherein als Ausgeburt umstürzlerischer Gesinnung verdächtigt und dadurch unwirksam gemacht. Durch Ohrenbläsereien und Schmeicheleien kann das Selbstbewußtsein des Monarchen schließlich derart ins Ungemessene gesteigert werden, daß er auf allen Lebensgebieten sich ein maßgebendes Urteil zutraut und demgemäß handelt. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft hat das immerhin noch wenig Gefahren. Aber unsre gesamte Politik wird auf diesem Wege durch die Ohrenbläser beeinflußt.

Haben wir doch jüngst erst in der Budgetkommission erlebt, daß der Marineminister v. Tirpitz die Notwendigkeit des Baues einer Kaiserjacht auf Reichskosten damit begründete, der Kaiser müsse von einem solchen Schiff aus die „Seemanöver leiten“. Als von sozialdemokratischer Seite Zweifel an seiner fachmännischen Befähigung zu solchen Funktionen geäußert wurden, markierten der Staatssekretär und Redner bürgerlicher Parteien hellodernde Entrüstung. Nun stelle man sich einmal vor, wie erst höfische Ohrenbläser dem Monarchen seine seemännische Befähigung anpreisen werden!

Auf den nämlichen Wegen, wie dem Monarchen ein Urteil über den hinausgeschmissenen Pächter von Rehberg beigebracht wurde — der übrigens nach anderen Nachrichten bisher noch gar nicht einmal hinausgeschmissen sein soll —, können bei dem Monarchen aber auch Urteile über Beamte und Politiker erweckt werden, die er nach Belieben in leitende Stellungen bringen oder aus leitende Stellungen „hinausschmeißen“ kann. Manche Ernennungen und Entlassungen von Ministern finden nur darin ihre Erklärung.

Die gesamte junkerliche Herrschaftsclique mitsamt ihrer in der Hofkamarilla organisierte Filiale arbeitet nach den bewährten Ohrenbläserrezepten, um den Monarchen im Banne ihrer politischen Anschauungen zu halten und ihm als würdigste „Handlanger seines erhabenen Wollens“ Leute zu suggerieren, die im Junkergeschirr eingefahren sind. Schlägt einmal einer der amtierenden Junker oder Junkergehilfen über die Stränge, flugs gehen die Ohrenbläser ans Werk, um gegen den unzuverlässig gewordenen Handlanger eine Stimmung zu erzeugen, die seiner amtlichen Laufbahn ein gleiches Ende bereitet wie der Pächterschaft des Herrn Sohst. Für dieses Verfahren hat einmal der frühere Hofprediger Stöcker in dem berüchtigten, an den damaligen Kreuzzeitungsredakteur v. Hammerstein gerichteten Scheiterhaufenbriefe ein mustergültiges Rezept entworfen.

Gerade jetzt spielen sich vor unsern Augen solche Operationen ab. Seit Wochen wird durch die Vertreter des Junkertums im Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause und neuerdings im gröberen Ton bei den Landwirten im Zurkus Busch gegen den Staatssekretär Delbrück eine förmliche Klapperjagd veranstaltet. Der Lärm dieser königstreuen Patrioten wird seine Wirkung bei Hofe nicht verfehlen, die Ohrenbläser werden dann leichteres Spiel haben, den Mißliebigen zur Strecke zu bringen. Paßt er doch nicht mehr in die Herrschaftsclique hinein, weil ihm die Erkenntnis aufgegangen ist, daß zur Bekämpfung der Sozialdemokratie Ausnahmegesetze unbrauchbare Mittel sind. Die Junker aber lechzen nach Ausnahmegesetzen zur Auffrischung ihrer schwindenden Macht. Was ihnen hinderlich ist, muß aus dem Wege geräumt werden. Sie wollen in die leitenden Stellen Männer bringen, auf die das Kröchersche Wort paßt: Dumm aber stark.

So ist es denn auch durchaus begreiflich, daß Hand in Hand mit der Delbrück-Hetze eine Sozialistenhetze betrieben wird. Auch da kommt es den Scharfmachern auf die Stimmungsmache an, die den Ohrenbläsern bei Hofe den erforderlichen Resonanzboden schafft. Man braucht sich nur einmal zu vergegenwärtigen, wie die Westarp und Konsorten im Reichstage den Thron umschmeichelt und die Umsturzgelüste der Sozialdemokratie in den schwärzesten Farben gemalt haben, was dann Herr v. Wangenheim in die Stallworte des Zirkus Busch umgeprägt hat. Die gehässigste Roheit gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft kam aber doch in den Ausfällen des Herrn v. Oldenburg zum Ausdruck, als er die Klage über die ministerielle Zaghaftigkeit in der Sozialistenbekämpfung mit einer Lobpreisung der englischen Prügelstrafe für Zuhälter sinnig verknüpfte.

Alles dies widerliche Treiben würde völlig belanglos sein für den Gang der Ereignisse, wenn nicht aus unsern staatlichen Einrichtungen im Verein mit der Gefügigkeit des Volks und der Volksvertretungen dem Monarchen eine Machtvollkommenheit erwüchse, die den Ohrenbläsern freien Spielraum schafft zu unheilvollster Wirksamkeit.

Wer diesem Unheil entgegenwirken will, darf deshalb nicht Halt machen bei der Mundtotmachung einzelner Ohrenbläser, er muß die gesamte Ohrenbläserpolitik mit allen ihren Ursachen bekämpfen. Erst wenn das Volk selbst seine Geschicke in die Hand nimmt, erst wenn der Wille des Volkes entscheidend dafür ist, welche Politik befolgt und welchen Personen deren Ausführung anvertraut werden soll, können höfische Ohrenbläser keinen unheilvollen Einfluß mehr ausüben. Wahrhaft demokratische Einrichtungen beenden ein für allemal die klägliche Aera der Ohrenbläserpolitik.

Für reine und unbeschränkte Volksherrschaft kämpft aber allein die Sozialdemokratie.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 24. Februar 1913.

Der Reichstag ist für die Regierung Luft!

Die Regierung wird auf den Beschluß des Reichstags für Aufhebung des Jesuitengesetzes einfach pfeifen. Nichts anderes kann aus den Ausführungen geschlossen werden, die die Nordd. Allgem. Ztg. dazu macht. Das Regierungsblatt schreibt:

> Der Reichstag hat den Zentrumsantrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen. Das war zu erwarten und ist nur die Wiederholung früherer Beschlüsse. Erfreulich ist die Ruhe, mit der diesmal die Verhandlungen geführt worden sind. Solche Ruhe erscheint doppelt notwendig in einer Frage, die nur zu oft schon die Angehörigen beider christlichen Konfessionen leidenschaftlich erregt hat. Wem es ehrlich darum zu tun ist, daß die verschiedenen Konfessionen für die religiösen Bedürfnisse ihrer Angehörigen, ihren Glaubenssatzungen entsprechend, eintreten und sorgen, ohne daß der konfessionelle Frieden untergraben wird, der wird es begrüßen, daß wir uns so wieder dem Zustande nähern, der bis in das Jahr 1912 bestanden hatte. Dieser Zustand gab uns immerhin einen von leidenschaftlichen Erregungen freien modus vivendi, der sich in einer, aller Engherzigkeit abgewandten Handhabung des Gesetzes kennzeichnete. Daß der Bundesratsbeschluß vom 28. November hieran nichts hat ändern sollen und nichts geändert hat, ist gegenüber anderweitigen unrichtigen Auffassungen vom Reichskanzler im Reichstage ausdrücklich festgestellt worden.

Also keine Aufhebung des Jesuitengesetzes, aber eine Handhabung, wie sie bis zum Eingreifen des Freiherrn von Hertling Uebung gewesen ist. Damit wird Bethmann beim Zentrum guten Anklang finden, denn in Wirklichkeit wünschen die Schwarzen ja nicht die Aufhebung, weil ihr Agitationsweizen bei Weiterbestehen des kleinen Ausnahmegesetzes gegen die Jesuiten viel besser gedeiht. Da die Regierung verspricht, das Gesetz so milde zu handhaben, daß die Jesuiten kaum behindert sind, so sind beide Teile befriedigt. Aber diese Lösung zeigt wieder, daß der Wille der deutschen Volksvertretung nichts zu bedeuten hat.

Heftiger Dreiklassenpatriotismus.

Das Dreiklassenhaus hatte am Sonnabend einen großen Tag der Patrioten und Reichsverbändler. Aus einer beiläufigen Bemerkung des Genossen Borchardt, der sich die Vertretung der Interessen der Bäckermeister durch den Fortschrittler Mugdan vornahm, entspann sich eine heftige Debatte zwischen den Fortschrittlern und unseren Genossen über — die preußische Jahrhundertfeier und den Protest der Sozialdemokraten der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Umwertung des Befreiungskrieges zu einem Kultus der Dynastie und des Militarismus. Herr Cassel wiederholte schreiend seine Patriotenrede aus dem Berliner Rathaus, aber weder er noch sein Freund Mugdan konnten es verhindern, daß Liebknecht den freisinnigen Ueberpatrioten kräftig sagte, was das Volk über den ganzen Rummel denkt. Es ist ziemlich klar, daß die ganze Haltung des Freisinns in dieser Sache den Rechtsabmarsch der Fortschrittlichen Volkspartei bei den Landtagswahlen decken soll. Man wird zur Rechtfertigung des Zusammengehens mit den Nationalliberalen Hochschutzzöllnern und Pluralwahlrechtsfreunden auf das „unpatriotische“ Verhalten der Sozialdemokraten bei der Jahrhundertfeier hinweisen. Mit Recht erklärte unser Redner, daß die einzig würdige, sowohl den Blutopfern des Preußenvolkes von 1813, als der famosen Erfüllung der ihm gemachten Verheißungen entsprechende Jahrhundertfeier die Ausnutzung der Landtagswahlen zu einem Befreiungskampf gegen die Junkerherrschaft sein wird. Davon aber wollen die Freisinnigen, wie sich immer deutlicher zeigt, nichts wissen. Am Schlusse der Sitzung zwangen die Junker noch den Präsidenten, den Ausdruck „Reichslügenverband“ zu verbieten. So haben die Patrioten wenigstens einen Erfolg! Dienstag Bergekat.

Der Dank vom Hause Freisinn!

Wie wir in letzter Nummer meldeten, haben die Breslauer Fortschrittler beschlossen, für die kommenden Landtagswahlen ein Kompromiß mit den Nationalliberalen abzuschließen. Eine Anregung, mit der Sozialdemokratie zusammenzugehen, wurde abgelehnt und ist nach dem Wortlaut des schlesischen Abkommens der Freisinnigen mit den Nationalliberalen auch nicht mehr möglich. Denn das Abkommen enthält die Bestimmung, daß die verbündeten Gesamtliberalen nirgends für einen Sozialdemokraten eintreten dürfen.

Dieser freisinnige Beschluß ist eine sehr lehrreiche Antwort für die Sozialdemokratie. Man erinnere sich nur, daß bei der Breslauer Ersatzwahl im Herbste 1910 die sozialdemokratischen Wahlmänner selbstlos genug waren, ohne das Versprechen einer späteren Gegenleistung für den Fortschrittler Ehlers zu stimmen, der dadurch dem Zentrumsmanne das Mandat entriß. Darauf richtete die fortschrittliche Parteileitung an den sozialdemokratischen Kandidaten Löbe folgendes Dankschreiben:

> Breslau, den 6. Dezember 1910.
>
> Sehr geehrter Herr! Der Wahlsieg, den wir gestern nach hartem Kampfe hier errungen haben, erdanken wir, wie wir rückhaltlos anerkennen, der selbstlosen und energischen Unterstützung, die uns die Wahlmänner Ihrer Partei gewährt haben.
>
> Ich bin weit davon entfernt, die grundsätzlichen, tiefgehenden Unterschiede zwischen der politischen Anschauung Ihrer Partei und der unserigen auch nur einen Augenblick verkleinern oder verdunkeln zu wollen; aber ich habe mit meinen Parteifreunden stets betont und betone auch jetzt, daß die geistige und die politische Freiheit und die Rechte unseres Volkes vor allem des Schutzes gegen die ihnen von rechts her drohende Unterdrückung bedürfen. Das ist die wichtigste Aufgabe, die unsere Partei bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, wie sie sich zurzeit gestaltet haben, zu lösen hat.
>
> Ihre Parteifreunde haben die Bedeutung dieser Aufgabe für unsere Landtagswahl erkannt und mit der ihnen eigenen, geradezu mustergültigen Parteidisziplin uns zum Siege verholfen. Ich bitte Sie, Ihren Wahlmännern dafür unseren herzlichsten Dank auszusprechen, und richte diesen Dank auch an Sie und die übrigen Herren, die als Parteiführer ihre politische Einsicht und ihren politischen Einfluß in den Dienst der Sache gestellt haben.
>
> Hochachtungsvoll und ergebenst Heilberg, Justizrat, im Auftrage des Vorstands des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei in Breslau.

Diesem Danke für unsere Selbstlosigkeit in Worten lassen die Herrschaften jetzt den wirklichen Dank in Taten folgen, indem sie sich weigern, der Sozialdemokratie von den drei Breslauer Mandaten eins abzutreten. Unser Breslauer Parteiblatt, das bisher immer geneigt war, auf einen ganz andern Dank vom Hause Freisinn zu hoffen, muß jetzt bitter schreiben: „Nach dem gestrigen Beschluß der Volkspartei können sich die konservativen Herren Strosser und Kompagnie gratulieren. Ihnen das Mandat wieder zuzuwenden, das ist in seiner Wirkung der Beschluß der freisinnigen Versammlung. Denn darüber war sich doch Herr Heilberg wie alle Besucher klar, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt, für nichts und wieder nichts um die Erlaubnis zu betteln, für die Liberalen ohne jede Gegenleistung stimmen zu dürfen.“ Das ist zweifellos die einzig richtige Antwort.

Uebrigens wird aus Breslau weiter gemeldet:

Zu dem fortschrittlich-nationalliberalen Bündnis in Breslau ist nachzutragen, daß im Freisinnigen Wahlverein der Antrag gestellt wurde, nur einen solchen nationalliberalen Kandidaten zu akzeptieren, der Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen sei. Dieser Antrag wurde abgelehnt!

So sieht der Freisinn als „Wahlrechtskämpfer“ aus! Wir hoffen, daß recht bald der letzte Illusionist in unsern Kampfes-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0001
DFG

reihen belehrt werden möge, der immer noch unsern Klassenkampf durch eine irgendwie geartete Unterstützung des Freisinns verwässern möchte.

Der Siegeszug des Kapitals.

In den Parlamenten und besonders im Wahlkampfe agieren Demagogen des Kapitals als Retter des Handwerks, schimpfen auf die Sozialdemokratie, die den Mittelstand vernichten wolle. Der Spießer läßt sich natürlich einfangen, stürmt wie wild gegen die Sozialdemokratie — und seinen wirklichen Feinden ins Feuer! Wie das Kapital mit Riesenschritten auf dem Wege industrieller Konzentration vorwärts schreitet, das zeigt in prächtiger Deutlichkeit die Entwicklung im Steinkohlenbergbau. Hier ein paar Meilensteine des Weges, den das Kohlenkapital im Oberbergamtsbezirk Dortmund durchmaß:

	Zahl d. Werke	Kohlenförderung in Tonnen überhaupt	Kohlenförderung in Tonnen pro Werk	Belegschaft überhaupt	Belegschaft pro Werk
1792	154	176 676	1 147	1 357	9
1860	281	4 365 534	15 536	29 220	104
1900	167	59 618 900	357 000	226 902	1 120
1912	165	100 258 413	607 627	371 095	2 250

Eine riesenhafte Zusammenballung von Kapital und wirtschaftlicher Macht prägt sich in den Ziffern aus. Dabei lassen sie die wirkliche Entwicklung doch nur ahnen. So erscheinen viele Gruben als selbständige Werke, die zu einem Unternehmen gehören. Beherrscht doch z. B. die Harpener Bergbaugesellschaft eine Förderung von fast 8 Millionen Tonnen und eine Belegschaft von 30 000 Mann. Weiter sind manche dieser Riesenunternehmen mit Eisen- und Stahlwerken verbunden. Beschäftigen doch die fünf Unternehmungen Krupp, Gelsenkirchen, Deutsch-Luxemburg und Phönix über 200 000 Personen! Und da will man durch Kampf gegen die Sozialdemokratie das Handwerk und den Mittelstand retten! Aufgelegter, ordnungsstaatlicher Schwindel!

Steuerfreiheit für die Zechen.

Eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 3. März 1909 bedeutet für die Bergbaugesellschaften ein großes Los, garantiert sie ihnen doch fast völlige Steuerfreiheit. Nach jener Entscheidung vermindert die Kohlenförderung das Vermögen der Zechenbesitzer. Es rechtfertige sich daher, für die „Substanzverminderung" Abschreibungen auf die Reingewinne zu Zwecken der Steuerdeklaration vorzunehmen. Diese Entscheidung hat zu unhaltbaren Zuständen geführt. Bei rapide steigenden Gewinnen gehen die Steuerleistungen der Gruben rapid zurück. Manche Zechen bezahlen überhaupt nichts mehr. Die betreffenden Gemeinden finden keinen Ausweg aus schweren Finanzkalamitäten, keine Deckung für die allerdringendsten Ausgaben. Durch die Not getrieben, haben nun 68 Land- und 12 Stadtgemeinden des rheinisch-westfälischen Industriebezirks eine Eingabe an das Ministerium sowie an das Abgeordneten- und das Herrenhaus gerichtet, in der sie eine baldige Regelung der Angelegenheit fordern. Sie sei notwendig noch für 1913, sollten die Gemeinden nicht in die allerschwersten Bedrängnisse geraten. In der Eingabe wird ausgeführt:

„Nach unseren Feststellungen werden für 1913 wohl sämtliche Gewerkschaften des Bezirks trotz erheblicher Ausbeute (bis zu 3 600 000 Mk. jährlich bei einer Gewerkschaft) nach den Grundsätzen der Entscheidung vom 3. März 1909 steuerfrei veranlagt werden müssen. Die neuen Grundsätze müssen aber auch rückwirkende Kraft für alle noch nicht rechtskräftigen Veranlagungen erhalten, da durch den bisherigen Mangel einer festen gesetzlichen Regelung und insbesondere durch die Aenderung der Rechtsprechung des Königl. Oberverwaltungsgerichts die Veranlagung einzelner Gewerkschaften zur Staats- und Gemeindeeinkommensteuer für eine Reihe von Jahren noch strittig ist."

Manche Gemeinden kommen mit ihrem Steuerzuschlag schon auf 800 Prozent; trotzdem können sie ihren Haushalt bei der allergrößten Sparsamkeit und trotz Vernachlässigung dringendster sozialer und hygienischer Aufgaben nicht ins Gleichgewicht bringen. Verschiedene Gemeinden, die für 1912 noch über 100 000 Mk. Gemeindesteuern von den Kohlengewerkschaften hereinbrachten, bekommen für 1913 keinen Pfennig. Unternehmen, die vor der Entscheidung 200 000 Mk. und mehr bezahlen mußten, sind fast steuerfrei. Die „Substanzverminderung" ist ein Segen für sie. Erst überläßt der Staat dem Kapital die Ausbeutung des Volksvermögens, als welches die Naturschätze zweifellos anzusehen sind, und dann macht unsere prächtige Rechtsprechung das Volkseigentum zum Privatbesitz der Kapitalisten und gewährt ihnen Steuerfreiheit.

Deutsches Reich.

— **Militärvorlage und Deckung.** Zu der Diskussion darüber, ob die Militärvorlage gleichzeitig mit der Deckungsvorlage den Reichstag beschäftigen wird, schreibt die Nordd. Allgemeine Zeitung:

Anderweitigen Erörterungen in der Presse gegenüber können wir mitteilen, daß an allen maßgebenden Stellen Uebereinstimmung dahin besteht, daß die Militärvorlage und die Vorlage über die Deckung der neuen Forderungen gleichzeitig dem Reichstage zugehen sollen.

An Klarheit läßt diese Mitteilung so ziemlich alles vermissen. Daß beide Gesetzentwürfe zusammen dem Reichstag eingebracht werden, ist eigentlich selbstverständlich. Die Hauptsache würde aber eine Aufklärung darüber gewesen sein, ob beide Gesetze durch ein Mantelgesetz verbunden werden sollen, so daß das eine nicht ohne das andere angenommen oder abgelehnt werden kann.

— **Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzuges.** Wie verlautet, ist man im Reichsamt des Innern damit beschäftigt einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Frage des Strafvollzuges für das ganze Reich einheitlich regelt.

— **Schutz der Deutschen in Adrianopel.** Auf die Anfrage des Reichstagsabgeordneten Wendel (Soz.) hat Staatssekretär v. Jagow eine schriftliche Antwort erteilt, in der er feststellt, daß die Regierung die Forderung des freien Abzugs der Deutschen aus Adrianopel stellte. Der Kommandant Schükri Pascha habe sich jedoch dem Abzug der Fremden widersetzt, weil er Indiskretionen über den Zustand der Festung befürchtete. Wegen dieser Weigerung werde weiter verhandelt. Vielleicht werde ein Ausweg durch Einrichtung einer neutralen Zone geschaffen werden, was nach Ansicht der Konsuln in Adrianopel ausreichen würde.

— **Die Landtagswahlen in Baden.** Mit Ausnahme der Städte Mannheim und Karlsruhe sind jetzt fast überall die sozialdemokratischen Kandidaten zu den im Herbst stattfindenden Landtagswahlen aufgestellt. Das Zentrum beginnt bereits seine angekündigte Taktik: Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie einzuleiten; es unterläßt die Kandidatenaufstellung in jenen Kreisen, in denen es seine Stimmen gleich im ersten Wahlgang dem Gegner der Sozialdemokratie, der die meisten Aussichten auf den Sieg hat, zuführen will, einerlei, ob dieser konservativ oder freisinnig ist. Auf diese Weise will der Zentrumsführer Wacker den badischen Großblock sprengen. In der Presse der nichtzentrümlichen Parteien verschwinden deshalb auch nicht die Erörterungen, ob ein Großblock schon im ersten oder erst im zweiten Wahlgange den Wirkungen der Wackerschen Taktik begegnen soll.

— **Die Frömmigkeit auf dem Lande.** Während der agrarischen Woche tagte in Berlin auch ein „Dorfkirchentag", den die Landpfarrer veranlaßt hatten. Vielleicht wollten sie ihre getreuen agrarischen Schäflein nicht ohne geistliche Aufsicht nach der sündigen Reichshauptstadt ziehen lassen. Mit der Frömmigkeit auf dem Lande, deren Hebung zu den Aufgaben des Dorfkirchentages gehörte, scheint es nicht sonderlich gut bestellt zu sein. Wenigstens führte Professor Sohnrey aus:

Auch heute noch kann man in Dorfkirchen manchmal nur ein paar krumme Mütterchen, alte Männer und auf dem Chor Kinder sehen, dazu etwa noch einige halbwüchsige Burschen, die womöglich noch Allotria treiben. Die Dorfkirchenbewegung möchte mithelfen, im Interesse unseres lieben Landvolkes da Wandel zu schaffen.

Ja, ja, die Macht des Teufels auf dem Lande ist groß. Betet, betet!

Belgien.

Die Bürgermeister und der Generalstreik. Die Bürgermeister der neun belgischen Provinzialhauptstädte hatten sich am Sonntag im Brüsseler Rathause versammelt, um über die durch den drohenden Generalstreik geschaffene Lage zu beraten. Es wurde beschlossen, einen „Appell an die Arbeiter" zu richten, in dem sie ersucht werden, „im Interesse des Friedens" auf den Generalstreik zu verzichten; ferner wurde beschlossen, eine Audienz beim Ministerpräsidenten zu erbitten, um ihn zu ersuchen, bei Verzicht der Arbeiter auf den Generalstreik in voller Freiheit an die Lösung der Wahlrechtsfrage heranzutreten. Zwei katholische (!) Bürgermeister enthielten sich bezüglich des letzten Wunsches der Abstimmung.

Die belgischen Arbeiter werden sich selbstverständlich durch die Wünsche und vagen „Versprechungen" der Bürgermeister in ihrem Kampfe für ein gleiches Wahlrecht nicht beirren lassen.

Frankreich.

Die politische Situation. Seit einigen Tagen überstürzen einander die politischen Ereignisse in Frankreich: Militärvorlagen, Präsidentenbotschaft, Delcassé als Botschafter, die Steuerreform auf Raten usw. Zu großen Hoffnungen geben diese Ereignisse nicht gerade Anlaß.

Die Botschaft des Herrn Poincaré bietet wenig oder nichts Bemerkenswertes. Herr Poincaré ist auf dem Präsidentenstuhl der Politiker geblieben, der er immer war. Er ist für eine starke Regierung, für die Wahlreform, für den Frieden, vorausgesetzt daß er auf Bajonetten ruht, für die Ordnung im Innern, für Reformen, wenn sie was einbringen und nicht zu teuer sind. Das ist der ungefähre Inhalt der Präsidentenbotschaft, die echolos verhallt ist.

Mehr kommentiert wurde, wie man uns aus Paris schreibt, die Ernennung Delcassées zum Botschafter in Petersburg. In der Kammer war man darüber einer Meinung: das ist wieder ein schlauer Schachzug Briands, denn Delcassé war der einzige Politiker, der vorläufig Aussicht hatte, Briands Nachfolger zu werden. Die deutsche bürgerliche Presse, die in Herrn Delcassé mit Unrecht eine Art Wauwau sieht, hat sich über die wahren Beweggründe der Ernennung Delcassées unnötig den Kopf zerbrochen. Wie lange es der Südfranzose in dem rauhen russischen Klima aushalten wird und will, bleibt noch abzuwarten. Daß Herr Delcassé in Petersburg nicht pour le roi de Brusse (für den König von Preußen) arbeiten wird, versteht sich natürlich von selbst. Aber man braucht sich deshalb nicht wegen seiner Tätigkeit großer Hoffnungen oder Befürchtungen hinzugeben.

Einen armseligen Kniff, um die inhaltlose Tätigkeit der gegenwärtigen Legislaturperiode zu verdecken, haben die Radikalen in der Kammer versucht. Bekanntlich schläft seit einigen Jahren in einer Senatskommission die Einkommensteuerreform. Die Radikalen der Kammer beginnen zu verzweifeln, daß ihre Gesinnungsgenossen im Senat noch in dieser Legislaturperiode die Reform zurückschicken. Um wenigstens etwas zu haben, sind sie auf den Einfall gekommen, einen Teil in das Budget zu übernehmen. Der Rest wird dann schon flöten gehen. Die Kammer hat also einen Antrag angenommen, wonach mit 1. Januar 1915 das Grundsteuergesetz abgeändert und die vorsintflutliche Türen- und Fenstersteuer durch eine Einkommensteuer ersetzt werden soll. Die nicht weniger ungerechte Gewerbepatentsteuer und die Mietsteuer bleiben also vorläufig und die nächsten Jahre bestehen.

Inzwischen beherrschen jedoch die angekündigten Militärvorlagen die öffentliche Meinung. Es ist dabei zu konstatieren, daß die Anhänger der dreijährigen Dienstzeit an Terrain verlieren. Es darf nicht vergessen werden, daß in Frankreich das militärpflichtige Alter (21 Jahre) zusammenfällt mit der Wahlberechtigung. Daß eine Verlängerung der Dienstzeit in Frankreich eine sehr unpopuläre Maßregel wäre, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Abgeordneten fürchten

---

31]

Die Getreidebörse. (Nachdr. verboten)

Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris.

„Er ist heute zum ersten Male wieder hier seit jenem Abende", flüsterte Frau Cretzler hastig Laura ins Ohr. „Er hat mir erzählt, was sich damals zugetragen hat, weißt du. Er war zum Essen hier, und dann hätte sich der arme Junge am liebsten in meinen Armen ausgeweint. So was von Reue hast du noch nicht gesehen."

Laura warf den Kopf zurück mit einer Bewegung, als ob sie nicht an diese Reue glaubte. Aber ihr Zorn war längst verraucht. Gutmütig wie Laura war, konnte sie nicht lange grollen. Bis jetzt aber hatte sie Landry nur mit der unmerklichsten Neigung des Kopfes begrüßt.

„So ein warmer Abend", murmelte sie und fächelte sich mit einem Bogen von Cretzlers Abendzeitung Luft zu. „Und ich war doch noch nie so durstig!"

„Aber natürlich", rief Frau Cretzler. „Ist die Limonade nicht in Ihrer Nähe, Isabel?" fragte sie Fräulein Gretry, die auf der andern Seite des Aufrittes saß. „Bitte, füllen Sie ein paar Gläser für Laura und Page."

Page nahm das Getränk dankend an, aber Laura bat um Wasser. „Drinnen ist doch welches?" fragte sie. „Herr Court wird es mir bringen, nicht wahr?"

So schnell er nur konnte, eilte Landry mit dem Wasserkrug herbei und vergoß in seiner Hast die Hälfte des Inhalts. Laura dankte ihm lächelnd, redete ihn dabei aber mit seinem Familiennamen an. Aus ihrem Benehmen merkte er, daß sie seinen Frevel verziehen hatte, aber trotzdem nicht wünschte, die frühere zwanglose Art ihres Verkehrs mit ihm wieder aufzunehmen.

Als im Verlaufe des Abends Page auf ihrer Mandoline spielte und Landry die zweite Stimme dazu pfiff, nahm Frau Cretzler die Gelegenheit wahr, mit Laura zu plaudern:

„Ich habe heute den Pariser Brief im „Interozeanischen" gelesen," sagte sie, „und dabei Corthells Namen auf der Liste der Amerikaner gesehen, die im Kontinental abgestiegen sind. Er wird wohl lange fortbleiben, glaub ich. Manchmal möcht' ich wohl wissen, ob er überhaupt je zurückkommen wird. Einem Manne von seiner Begabung müßte, dächt' ich, Chikago weniger zusagen wie Paris. Aber es war trotzdem nicht schön von ihm, daß er so plötzlich abreiste und uns mit unserm Stücke im Stich ließ. Ich wette 'ne Pfeffernuß, daß er nur deshalb nicht mehr mitspielen mochte, weil du nicht wolltest. Er war doch ganz versessen darauf, die Liebesszene im vierten Akte mit dir zu spielen. Und weil du nicht wolltest, da wollte er natürlich auch nicht, und da verloren alle das Interesse daran, weil ihr nicht mitmachtet und aus der Aufführung wurde nichts. „N" hat sich aber sehr gut dabei benommen, meinst du nicht auch?"

Laura murmelte ihre Zustimmung.

„Er war ja auch sehr enttäuscht," fuhr Frau Cretzler fort. „Das konnte ich ihm ansehen. Er hatte gedacht, das Stück würde viele von unserer Kirchengemeinde dazu veranlassen, sich für seine Sonntagsschule zu interessieren. Aber er hat nicht ein Wort gesagt, als nichts draus wurde. Kommt er denn heute abend?"

„Nun, ich muß schon sagen," antwortete Laura, „wie soll ich das wissen, wenn Sie's nicht wissen?"

Jadwin besuchte während dieser warmen Tage die Cretzlers fast allabendlich. Er wohnte auf der Südseite in recht beträchtlicher Entfernung von seinen Freunden; trotzdem kam es nur selten vor, daß er den weiten Weg nicht mit seinem Gespanne zurücklegte. Er fuhr dann, den schwarzen Kutscher an der Seite, in seinem doppelsitzigen Buggy (leichter Wagen mit vier hohen, schmalen Rädern) vor; die beiden Dalmatiner (großer, weiß und schwarz gesprenkelter Luxushund), Rex und Rox, trotteten unter der Hinterachse. Seine Pferde waren keine Wiener und fielen nicht auf durch Gamaschen, Bandagen und sonstigen sportlichen Krimskrams, aber die Leute auf den Fußbahnen — Liebhaber, Züchter und andere —, die sich auf Rassepferde verstanden, blieben stets stehen und sahen dem Gespanne nach, das, die Köpfe hoch, mit lose schwingenden Auffatzzügeln, mit gespitzten Ohren und feurigen Augen im fliegenden Trabe vorüberstürmte. Tief, ruhig und voll kam und ging der Atem; so gleichmäßig wie der Gang einer Maschine, das Hin- und Herschlagen eines Metronoms war die weitaus greifende Bewegung, die, in der Schulter beginnend, sich übertrug auf den Ober- und Unterarm, vom Unterarm aufs Knie, vom Knie auf das Fesselgelenk. Der in kraftvollem, schönem Schwunge nach vorwärts geworfene Huf blieb den Bruchteil einer Sekunde auf dem Boden haften, um dann, die Straße gleichsam hinter sich schleudernd, wieder auf- und vorwärtszuschnellen.

Auf diesen Fahrten trug Jadwin stets einen schwarzen, an den General des Bürgerkrieges erinnernden Schlapphut, einen grauen Staubmantel mit schwarzem Samtkragen und gelbbraune, durchschwitzte und fleckige Handschuhe, die von dem Kraftaufwande, die Harttraben im Zügel zu halten, ganz zerknüllt und runzlig waren.

Sobald Jadwin in seinem Buggy vor dem Aufsteigeblocke der Cretzlers hielt, stellte er, die Sperruhr in der Hand, jedesmal die zur Fahrt gebrauchte Zeit fest; trat er dann zu den auf dem Sitzplatze Versammelten, so bemerkte er fast regelmäßig: „Den ganzen Weg vom Flusse her waren die Zugstränge schlaff. Die Gäule haben die ganze Karre nur an den Zügeln gezogen. Meine Hände sind beinahe ausgerenkt."

„Page spielt sehr gut," sagte Frau Cretzler, als das junge Mädchen die Mandoline aus der Hand legte. „Ich hoffe, daß J heut abend noch kommt," fuhr sie fort. „Ich freue mich immer, wenn er hier ist. Er hat so etwas Herzliches und Munteres."

Laura erwiderte nichts. Sie schien heute abend etwas nachdenklich zu sein, und das Gespräch hörte allmählich auf. Die Nacht war wunderbar still und klar, und niemand zeigte rechte Lust zum Sprechen. Cretzler zündete sich eine frische Zigarre an; die feinen blauen Rauchwölkchen blieben in der unbewegten Luft über seinem Kopfe stehen. Weither von der Mündung des Flusses kam der durch die Entfernung gedämpfte, lang gezogene Pfiff eines Michigansee-Dampfers. Aus einem offenen Fenster irgendwo in der Nachbarschaft ertönte die getragene, auf einer Violine mit Klavierbegleitung gespielte Weise von Schuberts Serenade. Das Zwielicht im Verein mit dem gedämpften Brausen der Stadt, das nach der fieberhaften Tätigkeit des Tages allmählich zur Ruhe kam, verlieh der an sich theatralischen Melodie Wahrheit und Adel. Die Kinder spielten noch auf den Fußbahnen, und ihre kurz ausgestoßenen Freudenschreie klangen mit all den andern Tönen und Geräuschen des Augenblickes zu einem ruhevollen Akkorde zusammen.

Nach einer Weile begann Frau Cretzler leise auf Laura einzureden. Sie und Charlie beabsichtigten einen Teil des Juni im Oconomowoc, Wisconsin, zu verbringen. Warum konnte Laura sich nicht entschließen, mit ihnen zu kommen? Sie hätte Laura schon ein dutzendmal gefragt, aber nie wäre ein Ja oder Nein aus ihr 'rauszukriegen gewesen. Weshalb konnte sie sich nicht entschließen? Glaubte sie vielleicht, daß es ihr dort nicht gefallen würde?

„Page mag mitgehen," sagte Laura. „Ich möchte gern, daß Sie sie mitnehmen. Ich selbst weiß noch gar nicht, was ich unternehmen werde. Meine Pläne für diesen Sommer sind so unbestimmt." Plötzlich brach sie ab. „O, eben fällt mir ein, ich möchte Ihre „Königsidallen" borgen. Kann ich sie auf ein paar Tage haben? Ich will 'reingehen und sie holen," sagte sie, sich erhebend. „Ich weiß genau, wo ich sie zu suchen habe. Nein, bitte, bleiben Sie sitzen, Frau Cretzler, ich gehe schon."

Und schon verschwand sie im Hause. Die zurückbleibende Frau Cretzler flüsterte ihrem Gatten zu:

„Ein seltsames Mädchen. Manchmal glaub' ich Laura gar nicht zu kennen. Sie ist so unbeständig. Wie sonderbar sie sich wegen Oconomowoc anstellte!"

Mit gutmütigem Knurren widersprach Cretzler.

„Pah! Gegen Laura ist nichts zu sagen. Das schönste Mädel in Cook County!"

„Ach, das hat damit nichts zu tun, Charlie," seufzte Frau Cretzler. „Ach Gott, ich weiß wirklich nicht."

„Was weißt du nicht?"

„Ich hoffe, Lauras Leben wird glücklich sein."

„Um Gottes willen, Carrie!"

„Das Mädchen hat so etwas an sich," begann Frau Cretzler von neuem, „daß mir ihrethalben das Herz blutet."

Cretzler, dem das überraschend kam, runzelte verblüfft die Stirn.

„Ach was!" rief er dann. „Du bist nicht recht gescheit, Carrie."

Frau Cretzler blieb dabei. „'s ist aber doch so. Ich sorg' mich manchmal um sie wie eine Mutter. Manche Menschen sind zum Unglück geboren, Charlie, so zum Unglück geboren, wie die Funken aufwärts fliegen. Und denk an meine Worte, Charlie Cretzler, Laura ist von der Art. Ihre Augen haben den melancholischen Ausdruck von der Welt, wenn sie einen unter dem rabenschwarzen Haar so anblicken — solche große, kummervolle, tieftraurige Augen."

„Unsinn!" sagte Cretzler und griff wieder nach seiner Zeitung.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0002

also die Wahlfolgen einer derartigen Maßregel, und die radikale Presse hat deshalb eine Schwenkung vollzogen und spricht sich jetzt fast ausnahmslos gegen die Verlängerung der Dienstzeit aus.

Was aber sonst tun? Die sonst vorgeschlagenen Reformen würden wenig helfen. Frankreich steht durch die deutsche Heeresvermehrung vor dem Dilemma, entweder das System der Kasernenarmee zu verschärfen, oder zum System des Volksheeres überzugehen. Darüber wird gekämpft werden. Wir halten es gar nicht für so unmöglich, daß durch die Einwirkung unserer Genossen der Anfang gemacht wird mit dem Uebergang vom Kasernen- zum Volksheer.

Mexiko.

Maderos Ende. Madero sitzt gefangen, sein Bruder ist erschossen, seine Familie verjagt und die schnell zusammengeschmolzene Schar seiner Anhänger irrt entmutigt im Versteck umher. Madero fiel nicht im ehrlichen Kampfe, sondern durch schmutzigen Verrat der zwei Generale Huerta und Blanquet, die durch Gesetz und Eid zum Schutz der Regierung des Präsidenten Madero verpflichtet waren. Huerta ließ sich gleich nach vollzogenem Verrat zum Präsidenten ausrufen. Es ist keine Prophetengabe nötig, um vorauszusagen, daß er keine Freude an seiner durch gemeine Schurkerei ergatterten Beute haben wird. Denn schon kündigen die anderen Bandenführer, denen der Größenwahn den stolzen Namen „Generäle" zugelegt hat, an, daß sie den neuen Präsidenten ebenso bekämpfen werden wie den abgesetzten.

An allen Umwälzungen in Mexiko haben politische Anschauungen oder sachliche Motive keinen Teil gehabt, eine Regel, die durch zwei Ausnahmen bestätigt wird. Entweder war der persönliche Machtkitzel der Bandenführer oder, noch öfter, ihr und ihrer kapitalistischen Hintermänner Geldinteresse der zu Brandstiftung und Massenmord treibende Faktor. Gleich nach dem vor knapp zwei Jahren erfolgten Amtsantritt Maderos trieb Eifersüchtelei, Habsucht und der „große amerikanische Handschlag" eine Anzahl seiner bisherigen Freunde in das Lager seiner Feinde. Sie gingen so weit, auf allen Straßen auszuschreien, er habe aus der Not des Vaterlandes Münze für die eigene Tasche geschlagen und seine Versprechen gebrochen.

Letzten Oktober versuchte, wie bekannt, Diaz in Veracruz einen Staatsstreich, der für ihn mit der Verurteilung zum Tode ausging. Er wurde zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt, dann vor zwei Wochen von seinen Anhängern aus dem Gefängnis befreit und von ihnen zum Häuptling erkoren.

Aber das Schicksal schreitet schnell. Die nämlichen Gestalten, die durch Abtrünnigkeit und Verrat an Madero dessen Verjagung herbeiführten, bedrohen jetzt den durch Mord und Verrat zum Landesoberhaupt gewordenen Huerta. Sie marschieren nun mit ihren Horden auf die Hauptstadt, und gelingt es Huerta inzwischen nicht, sich ins Trockene zu bringen, so wird an ihm die gleiche Prozedur geübt werden, die er seinem Amtsvorgänger angedeihen ließ. Aber auch ohnedem ist die Stellung Huertas nicht haltbar. Nicht wegen seiner moralischen Disqualifikation — auf solche Kleinigkeiten wird in Mexiko nichts gegeben —, sondern wegen seiner Machtlosigkeit auf die wildgewordene Soldateska. Diese schreit wie besessen nach Felix Diaz als Präsidenten, und sie hat auch die Macht und den nötigen Elan, ihre Forderungen durchzuführen. Lange wird sie damit nicht warten. Nach alledem wird auch der stärkste Optimismus nicht annehmen, daß in Mexiko nun Friede werde. Der Staatsstreich einer Soldateska ist eine schlechte Grundlage für die innere Ruhe eines Staates. Zwar ist die Flamme der Militärrevolte momentan verdunkelt, sie wird aber bald wieder lichterloh aufschlagen, wenn nicht ein blasses Wunder geschieht. Jede der hadernden Cliquen wird von ihrem puren Eigeninteresse bestimmt, um die wohlwollende Neutralität des großen amerikanischen Bruders jenseits des Rio Grand und um die finanzielle Unterstützung der Neuyorker Wollstreet zu werben. In richtiger Beurteilung der Folgen dieser Selbstzerfleischung erblicken die Washingtoner Machthaber in der gegenwärtigen Militärrevolte und in der Bildung einer provisorischen Regierung einen Wendepunkt, in der mexikanischen Krise und große Vorteile für das amerikanische Kapital.

Die amerikanische Hochfinanz hat alle Ursache zur Freude. In Mexiko schlägt man sich für ihre Interessen. Am Ende der Mordbrennerei werden ihre Privilegien gesicherter und vermehrt sein, und der Oeltrust wird die viel begehrten Oelquellen für einen Pappenstiel erhalten.

•

Mexiko, 23. Februar. Der frühere Präsident Madero und der frühere Vizepräsident Suarez wurden heute erschossen, als man bei ihrer Ueberführung nach dem Gefängnis den Versuch machte, sie zu befreien. (?) Von den Angreifern wurden bei dem Kugelwechsel zwei Mann erschossen. — Von Huerta wird diese Nachricht bestätigt.

Mexiko, 23. Februar. Ueber den Tod Maderos und Suarez' äußerte sich Huerta folgendermaßen: Um Mitternacht griff eine Schar von fünfzig Mann die aus hundert Rurales bestehende Eskorte der Gefangenen an. Diesen wurde befohlen, die Wagen zu verlassen, worauf sie von einer Wache von 30 Mann umgeben wurden, während die übrigen Rurales das Feuer erwiderten. Der Kampf dauerte 20 Minuten. Nach seiner Beendigung wurden Madero, Suarez, zwei Rurales und ein Bürger tot aufgefunden. Die Angreifer ergriffen die Flucht.

Diese „Erklärung" Huertas klingt nicht sehr glaubwürdig. Es entsteht vielmehr der sehr begründete Verdacht, daß der ganze „Befreiungsversuch" ein zwischen Huerta und seinen Freunden abgekartetes Spiel war, um sich Maderos auf eine unauffällige Weise zu entledigen!

Die Revolution wütet weiter, Neuyork, 23. Februar. In zehn Staaten ist die Revolte gegen Huerta ausgebrochen. In Guerrero revoltiert General Figuerea mit fünf- bis zehntausend Mann. Er marschiert bereits mit zehntausend Mann gegen die Hauptstadt. General Figuera ist als „der beste Soldat von ganz Mexiko" bekannt, er wird deshalb von den Diaztruppen gefürchtet. Wie es heißt, haben bereits acht Städte mit ihm gemeinsame Sache gemacht. Die letzten Telegramme besagen, daß von Mexiko-City aus alle verfügbaren Mannschaften nach Veracruz gesandt werden, um Figuera erfolgreich entgegentreten zu können. —

Ein Deutscher namens Felix Sommerfeld, der Chef des Gegeimdienstes des bisherigen Präsidenten Madero, ist erschossen worden. Die Tat wird mit der Behauptung begründet, daß er sich „zur Spionage" hergegeben habe.

Washington, 22. Februar. Vier Regimenter Infanterie sind nach Galveston beordert worden, um für den Auslandsdienst bereit zu sein. Zwei Divisionen Kavallerie werden gleichfalls nach Galveston abgehen.

Aus der Partei.

Berufung an die Internationale.

Aus Paris wird gemeldet: Die sozialistische Fraktion beschloß in Anbetracht der deutsch-französischen Situation, die Einberufung einer Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus zu beantragen.

Ein Sozialdemokrat in einem preußischen Magistrat.

Frankfurt a. M. wird die erste preußische Stadt sein, die einen Sozialdemokraten in ihrem Magistrat hat. Bisher lehnten die beiden bürgerlichen Parteien in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, die Fortschrittler und die Nationalliberalen, stets die Wahl eines Sozialdemokraten in den Magistrat unter allerlei Vorwänden ab. Jetzt mußte aber die Fortschrittliche Volkspartei auch in diesem Punkte, genau wie bei der Wahl eines Sozialdemokraten zum Stellvertreter des Stadtverordnetenvorstehers, wozu schon kürzlich ein Sozialdemokrat erkürt worden ist, ihre brutale Ausschließungspolitik aufgeben. Nach Besprechung in den Fraktionen hat der Magistratswahlausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, dem Plenum die Wahl des Genossen Benno Schmidt, Buchdruckereibesitzer, zum unbesoldeten Mitglied des Magistrats zu empfehlen. An seiner Wahl im Plenum ist bei dem Stärkeverhältnis der Parteien nicht zu zweifeln. Sie soll am Dienstag erfolgen. Die nationalliberalen Mitglieder des Wahlausschusses erklärten, daß ihre Parteigenossen bei der Wahl weiße Zettel abgeben würden, was am Resultat nichts ändern kann. Da nach dem Frankfurter Gemeindeverfassungsgesetz nur der erste Bürgermeister vom König ernannt und der zweite dessen Bestätigung bedarf, die übrigen Magistratsmitglieder — im Gegensatz zu anderen preußischen Städten — aber weder der Bestätigung durch den König noch durch die Regierung bedürfen, so wird in der allernächsten Zeit der erste Sozialdemokrat seinen Einzug in den Frankfurter Magistrat und überhaupt in den Magistrat einer preußischen Stadt halten.

Verwässerter Bierabend.

Der Dresdner Oberbürgermeister Beutler hatte neben höheren städtischen Beamten und den Mitgliedern beider städtischen Kollegien auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu einem Schoppenabend in den Festräumen des Rathauses eingeladen. Da aber auch in Dresden noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn es sich um Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter handelt, haben unsere Genossen im dortigen Stadtparlament gemeinsam folgende treffende Antwort auf die Einladung erteilt:

Dresden, im Februar 1913.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Von Ihrer freundlichen Einladung zu dem von Ihnen für den 21. Februar in Aussicht genommenen Schoppenabend haben wir Kenntnis genommen. Wir danken Ihnen dafür, müssen dazu aber folgendes bemerken:

Solange wir innerhalb der städtischen Verwaltung nicht als gleichberechtigt angesehen werden, solange insbesondere den Arbeiterturnern die städtischen Turnhallen versperrt bleiben, während sie anderen Vereinen unter Gewährung beträchtlicher Subventionen unentgeltlich überlassen werden, solange man der sozialdemokratischen Partei städtische Räume, die anderen Parteien längst zur Verfügung gestanden haben, verweigert, solange durch diese und andere Maßnahmen dargetan wird, **daß die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter als Einwohner zweiter Klasse behandelt werden,** können wir an Ihrem Festabend schon deshalb nicht teilnehmen, weil wir Sie, Herr Oberbürgermeister, **als den ersten Repräsentanten des Systems betrachten müssen, das die Sozialdemokratie und ihre Vertreter minderen Rechts erklärt.**

Die sozialdemokratische Gruppe des Stadtverordneten-Kollegiums.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, Lokales Wilhelm Koenen, Provinzielles Gottl. Kasparek. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich A. Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Hallescheen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.).

Im Genuß liegt der Wert!

„Unsere Marine"

2 Pf.-Cigarette.

Georg A. Jasmatzi A.-G., Dresden

Größte deutsche Cigarettenfabrik. *2330

Spezial-Angebot

hervorragender Neuheiten in 6438

Damen- und Kinder-Konfektion.

Infolge riesiger Einkäufe bei den bedeutendsten und massgebendsten Konfektions-Firmen bringen wir die neuesten Mode-Schöpfungen

zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen.

Jacken-Kostüm aus marineblauem, reinwollenem Kammgarn, Jacke auf Seide, Schneiderarbeit 15.75

Bluse aus weissem India Mull, halbfrei, mit breitem Stickerei-Einsatz 1.65

Bluse aus Baumwoll-Voile, schwarz-weiss gestreift, mit moderner Bulgaren-Garnitur 1.75

Bluse aus weissem India-Mull, Vorderteil ganz aus Stickerei mit Klöppel-Einsatz eleg. verarbeitet 2.35

Seiden-Mantel Neue flotte Form aus Liberty-changeant in bräunl. Tönen mit breitem Kragen 22.50

Die Besichtigung unserer Schaufenster ist sehr empfehlenswert.

Jacken-Kostüm aus pa. Geraer Kostümst. l. grauen Tönen, Jacke auf Seide Ia. Schneiderarbeit 28.50

Bluse aus reinwollenem Mousseline in modernen Streifen, farbig garniert, auf Futter 2.75

Bluse aus reinwollenem Mousseline in Bulgaren-Muster mit reinseidener Garnierung 3.75

Bluse aus reinwollenem Voile in vielen modernen Farben, hochelegant ausgeführt, gefüttert 4.75

Konfirmanden-Kleider schwarz und farbig 22.50 19.50 15.75 12.50

Kostüm-Röcke aus reinwollenem schwarzen und marineblauen Kammgarn 11.50 9.50 7.75 5.50 3.50 kleidsame Formen in Damen- und Backfischgrössen.

Konfirmanden-Jacketts schwarz und farbig 12.50 8.75 5.50 3.75

Geschäftshaus J. LEWIN Halle a. S. Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Täglich abends 8 Uhr:

Letzte Woche! Heute zum 25. Male! Letzte 5 Tage!

:: :: Autoliebchen :: ::

Große Posse in 3 Akten v. Kren u. Schönfeld.

6440 **Musik von Jean Gilbert.**

Gesangsschlager: „Autoliebchenwalzer. — Two-step. — Versuchs doch mal! — Fräulein, können Sie linksrum tanzen? — Das haben die Mädchen so gerne. — Im Lustgarten ist Frei-Konzert. — Die Polizei find't was dabei.

Überall ausverkaufte Häuser! Uebera'l Bombenerfolg!

„Schmelzers-Höne“, Eichendorffstrasse 19.

Dienstag, 25. Februar 1913:

Großes Schlachtefest.

Freunde und Genossen ladet freundlichst ein

6435 Familie Fr. Emmer.

Gasthof Seeben!

Sonntag den 2. März 1913:

Oeffentlicher Maskenball

mit Preisverteilung.

Eintrittskarten im Vorverkauf sind im Lokal zu haben. *2329.

Gläser.

Billige Preise!

Weingläser	50	35	13 Pf.
Sektgläser	50	40	18 Pf.
Römer	1.—	75	35 Pf.
Likörgläser	40	20	7 Pf.
Bierbecher	35	20	8 Pf.
Portweingläser	50	40	18 Pf.
Glasschüsseln	80	60	25 Pf.
Rumflaschen	75	60	40 Pf.
Wassergläser	40	28	7 Pf.
Butterdosen	80	60	25 Pf.

C. F. Ritter

Halle (Saale), Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

6448

Wir übernahmen den Vertrieb der soeben erschienenen Broschüre

Fromme Sünder

:: Ein Buch der Abwehr ::

von S. Amori

Preis 1 Mk.

billige Agitationsausgabe 75 Pfg.

Die 148 Seiten starke Broschüre weist in ihrem Inhalte auf: Entlarvung Sittlichkeit, Kinderschändung, § 175. Du sollst nicht stehlen, Geschäfts-katholisches. Körperverletzung. Totschlag und Mord. Meineid Klöster. „Der Greuer“ Pfarrer Münsterer von Vondorf. Der Meineidspfarrer von Kolbermoor. Das Kloster als Freudenhaus und Mördergrube. Der Eifer von Brutting. Ein Bild aus dem christlichen Familienleben. Das unsittliche Schelbad. katholische Leichenverbrennung. Gefährdung der Sittlichkeit durch einen frommen Kalender. Sonderbare Stuhlfeste. Schnaps für Kinderschändung. Die gerettete Sittlichkeit. Der gestohlene Pfarrer um.

Der Verfasser schreibt in seiner Einleitung, daß er den mildesten Titel gewählt habe, eigentlich hätte die Broschüre genannt werden müssen

„Zentrumslumpen“ oder „fromme Lumpen“.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle,

Harz 42/43.

Cocosa

Feinste

Pflanzen-Butter

Margarine

Geschmack
Aroma
Bekömmlichkeit
wie bei bester Naturbutter

Überall erhältlich! Überall erhältlich!

Allein. Fabr.: Holl. Marg.-Werke Jurgens & Prinzen G. m. b. H., Goch (Rhld.)

Tafel-Honig-Ersatz (Kunsthonig) Pfd. nur **20** Pf.

Melange-Marmelade (Gemischte Kunst-Marmelade) Pfd. nur **20** Pf.

Delikater, speckiger

Alpen-Limburger Pfd. nur **48** Pf.

6441 **F. H. Krause.** 16 Filialen.

---

2 Pfund **Fleisch** für **50** Pf.

giebt es **Dienstag** in der

„Nordsee“

Gr. Ulrichstr. 58.

Der **Kabeljau** ist hochfein. 6442

Kochbücher gratis.

Grüne Heringe 2 Pfund **25** Pf.

Karbonaden ..... Pfund **30** Pf.

Engros!

Märbel
Kreisel
Gummibälle
Spielreifen
Federkasten
Schiefertafeln
Griffel
Schulartikel

zu billigsten Preisen.

— Preisliste auf Wunsch. —

Buttermilch & Co.

G. m. b. H.

Halle (Saale).

6430 Telephon 8114.

2407 **+ Frauen +**

brauchen bei Störung, u. Unregelmäßigkeit, sow. Weißfluß nur **Dr. Scheidig's Salfuerol.** Garant. unschädlich. Pulver 4 M., Tropfen 6.00, 8—10 M., sow. sämtl. hygienische Bedarfsartikel billigst

Fil.- **Dr. Conrad Scheidig,** Drog. Halle (Saale), Grafenweg 3a. p. l. Versendbeginn Rückporto.

Gr. Gelegenheitskauf.

Elegantes Herrenzimmer

— echt Eiche gebeizt —

1 Bibliothekschrank, 1 Schreibtisch, freistehend, 1 Lederessel, 1 Klubsessel, 1 Chaiselongue, 4 Lederstühle 6436

für **385 Mk.** verk.

Friedrich Peileke,

Geiststraße 25.

Fahnen Vereins-Bedarf **Reinecke** Hannover K. 39 **Abzeichen.**

Kataloge u. Muster auf Wunsch.

+ Flechtenkranke +

all. Art, Jucken, Ausschläge, Kräte, Hämorrhoiden, off. u. geschw. Beine, teile ich jed. gern mündl. od. schriftl. mit, wie sich jed. selbst davon befreit. Frau A. Stricker, Brackwede 107. *876 Niederstraße 108.

Arbeitsmarkt

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: Deutsche Bakanzen-Post, Eßlingen 156. *1903.

Alleinvertrieb

ein. in jeder Familie gebraucht. Artikels zu vergeb. Otto Gebauer, Breslau VIII, Paradiesstr. 7. [*2288

Klar auf der Hand

liegt es, daß Sie **Fahrräder** und **Fahrradartikel** nirgends günstiger kaufen können als bei *2045

Otto Spermann, neben dem Walhalla.

Laufdecken, 1 Jahr Garantie, 4.60 Mark, **Luftschläuche,** 1 Jahr Garantie, 3.35 Mk.

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob 1912

Nr. 5.

Preis 10 Pf.

Gleichheit

Nr. 11.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die

Volksbuchhandlung,

Harz 42/43.

Essen Sie **Honig,** wenn Sie köstlich Ihre Gesundheit erhalt. wollen. Garant. reinen Blütenhonig, hervorragend schöne Qualität, Pfd. 90 Pfg., bei 5 Pfd. 85 Pfg. empfiehlt 6431

Carl Booch, Breitestraße 1, Marktpl. l. Turm und Leipzigerstraße 61-62.

Wieder vorrätig!

Schachspiel

Mit Anleitung zum Spielen.

Das interessanteste aller Spiele.

Preis 20 Pfg.

Volks-Buchhandlung.

Apollo-Theater.

Nur noch 5 Tage:

Die gros. Varieté-Attraktionen.

Hierauf folgend:

Mein Baby

mit **Ida Frey**

v. „Trianontheater,“ Berlin, in der Hauptrolle. 6433

Stadt-Theater

in Halle.

Direktion: Geh. Hofrat E. Richards.

Dienstag den 25. Februar 1913: 166. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.

Novität! Zum 1. Male: Novität!

Hinter Mauern

Schauspiel in 4 Akten von Henri Nathansen.

Kassenöffn. 7 Uhr. Anf. 7½ Uhr.

6407 Ende gegen 10 Uhr.

Mittwoch d. 26. Februar 1913: 167. Abonnem.-Vorst. 3. Viertel.

— Anfang 7 Uhr. —

Die Meistersinger von Nürnberg.

In drei Aufzügen von Richard Wagner.

Nur für Wiederverkäufer!

Engros-Geschäft

Adler & Co.,

Halle, Franckestr. 16.

Gummibälle, Märbel, Kreisel,

sowie sämtliche Frühjahrs- u. Schulartikel, Konfirmations-Artikel, Broschen, Ohrringe, Halsketten, Armbänder, Uhrketten, Haarschmuck, Lederwaren, Konfirmations-Karten und Bilder. *2197

Ständige Musterausstellung

Preisliste kostenfrei.

— Fernsprecher 1061. —

Waschgefäße, dauerhaft, billigst.

*722 **Zander,** Gr. Klausstraße 12.

Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Gebr. Kastenregale,

Fachregale, Warenschränke mit Schiebetüren, Ladentische mit und ohne Eichenplatte, Wage mit Gewichten, Glaskasten, Geldschränke verkauft

Friedrich Peileke,

Geiststraße 25. 6437

Morgen u. jed. Dienstag 2405 **Schlachtefest.**

Joh. Fischer, Große Gosenstraße 39.

Jeden Dienstag **Schlachte-Fest.**

2406 **O. Grabaum,** Mansfeldersträße 3.

Großes Federbett 8 Mark., Kissen 3 Mark, zu verkaufen 5679 Albrechtstr. 16, 1 links.

Ernst Haeckel

Volksausgabe. Preis 1 M. empfiehlt

Volksbuchhandlung Halle a. S.

Verloren. Portemonnaie m. 20 M. Inh., Sonntag vorm. 3-11 u. 12 Uhr, l. d. Richtg. R. Wagnerstr., Bürgerp., Wittekindstr. Geg. g. Bel. abzug. Bernburgerstr. 22, l. (6432

Eisleben. Eisleben.

Nachruf!

Am Dienstag den 20. Febr. starb in Altscherbitz unser langjähriger Kollege

*2331 **Karl Nitzschke.**

Ehre seinem Andenken!

Deutscher Bauarbeiter-Verband,

Zweigverein Eisleben.

Am Sonnabend den 22. Februar starb infolge eines Schlaganfalles unser Kollege, der Magazinverwalter

August Dornhard

im 70. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag nachmittag 2 Uhr von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.

6439 **Arbeiter-Personal der Firma C. Metzer.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 47 — Halle (Saale), Dienstag den 25. Februar 1913 — 24. Jahrg.

Patriotische Entrüstungskomödie.

Preußisches Dreiklassenhaus.

139. Sitzung. Sonnabend, 22. Februar 1913.

Die zweite Lesung des Handelsetats wird fortgesetzt.

Beim Kapitel **Gewerbeinspektoren** versucht

Abg. v. Wenden (kons.) eine allgemeine Rede gegen den Terrorismus der Sozialdemokratie vorzubringen, wird aber vom Präsidenten Grafen Schwerin dreimal zur Sache gerufen und muß seine Rede abbrechen.

Abg. Borchardt (Soz.): Neuerdings hat sich ein Schutzverband gegen die Bäckereiverordnung gegründet, der gegen ihre Anwendung durch die Gewerbeinspektion Sturm läuft. Die Bäckereiverordnung aber ist ein Gesetz nicht nur zum Schutz der Gesundheit der Arbeiter, sondern des Publikums überhaupt, und die Gewerbeinspektoren tun nur ihre Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie strikte Einhaltung drängen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auffälligerweise hat sich auch Dr. Mugdan auf die Seite der Bäckermeister gestellt. Auf einer Versammlung dieses Schutzverbandes haben sich die Bäckermeister beschwert, daß sie keine Früchte gezogen hätten aus dem Wohlstand, der sich seit 100 Jahren verbreitet habe, und Herr Mugdan stimmt ihnen zu. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben sich seine Freunde darüber empört, als wir behaupteten, daß man im Volke das, was vor 100 Jahren geschehen ist, nicht so preist. Das ist ein Widerspruch. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Mugdan (Vpt.): Selbstverständlich müssen die Bäckereien sauber sein. **Aber gerade in den sozialdemokratischen Bäckereien herrscht der größte Schmutz.** (Lebh. Zust. b. d. Mehrheit. — Widerspruch b. d. Soz.) Ihr Parteigenosse Bebel selbst hat die Zustände in den Bäckereien als Schweinerei bezeichnet. (Abg. Liebknecht: Aber Bebel sprach doch nicht von Arbeiterbäckereien!) Die Sozialdemokraten machen aus der ganzen Sache nur deshalb eine Affäre, weil ihre Agitation bei den Bäckergesellen bisher nur so wenig Erfolg gehabt hat. (Widerspruch b. d. Soz.) Der Vorfall in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist von Herrn Borchardt an den Haaren herbeigezogen. Statt freudig das Andenken einer glorreichen Zeit mit zu feiern, haben die Sozialdemokraten in der Stadtverordnetenversammlung der Gesamtbevölkerung einen Schlag versetzt. (Lebh. Zust. b. d. Mehrheit. — Lachen b. d. Soz.)

Abg. **Dr. Liebknecht** (Soz.):

Dr. Mugdan hat sich über den Saltomortale Borchardts gewundert. Er selbst hat aber einen viel halsbrecherischen Sprung gemacht, indem er mit einem zirkusakrobatischen Kunststück die Behauptung aufstellte, daß in den sozialdemokratischen Bäckereien der größte Schmutz zu finden sei. Dafür erntete er in diesem Haus allgemeine Zustimmung. Als ob Sie Ihr Lebtag schon einmal in sozialdemokratische Bäckereien hineingesehen hätten! Aber Sie hörten das Wort Sozialdemokratie in einer unangenehmen Verbindung und sofort blamieren Sie sich durch allgemeine Zustimmung. (Sehr gut! b. d. Soz.) Es ist das unbestrittene Verdienst unseres Bebel, daß er die Aufmerksamkeit der ganzen Oeffentlichkeit auf die sanitären Zustände in den Bäckereien gelenkt hat. Wenn Bebel einmal, was ich bestreite, auf schlechte sanitäre Zustände in Konsumvereinsbäckereien hingewiesen haben sollte, so würden das erstens keine sozialdemokratischen Bäckereien sein und zweitens würde es unserer Partei alle Ehre machen, daß sie sich nicht scheut, auch diese Mißstände aufzudecken. Wir sind nicht pharisäisch genug, um zu bestreiten, daß es auch bei uns zu bessern gibt. Gerade der Bäckerverband führt seit Jahren einen scharfen Kampf gegen schlechte Zustände in Bäckereien, und seine Verbandszeitung ist wiederholt freigesprochen worden, weil der Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen erbracht werden konnte. (Hört, hört! b. d. Soz. — Zuruf rechts: Kennen Sie das Material über die Konsumvereinsbäckereien in Magdeburg?) Konsumvereine dürfen keine Beziehungen zur Sozialdemokratie haben, **ihre Bäckereien sind keine sozialdemokratischen Einrichtungen,** und endlich ist es unbestritten, daß die Sozialdemokratie das meiste getan hat, um Remedur zu schaffen. Die sozialdemokratische Presse hat schlechte Zustände in Konsumvereinsbäckereien niemals bemäntelt. Die Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind in der bürgerlichen Presse entstellt wiedergegeben. Selbstverständlich haben wir tiefstes Verständnis für den Befreiungskrieg vor 100 Jahren und volles Empfinden für die Größe der damaligen Zeit mit ihrer gewaltigen Volkserhebung. Aber wir können diese Zeit nicht durch Feste feiern, weil wir daran denken müssen, wie viel edle und große Gefühle nutzlos verschwendet worden sind von der Reaktion und wie eine große und herrliche Sache bis zum heutigen Tage durch die spätere Entwicklung verraten worden ist. Eher müßte ein Wartburgfest begangen werden, als ein höfisch-dynastisches Fest. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das preußische Volk hat alle Veranlassung, diese Feier dadurch zu begehen, daß es **einen Freiheitskampf kämpft gegen das Junkertum, gegen die preußische Reaktion** und gegen politische Heuchelei, wie sie im Stadtparlament zutage getreten ist. (Bravo! b. d. Soz.)

Präsident Graf Schwerin rügt den Ausdruck „politische Heuchelei".

Abg. Dr. Borchardt (Soz.): Die Rede Dr. Mugdans ist bezeichnend für die Art, wie gegen uns polemisiert wird. Ich habe mich lediglich gegenüber den Uebertreibungen der Bäckermeister darauf beschränkt, zu verlangen, daß die Bestimmungen der Bäckereiverordnung auch eingehalten werden.

Abg. Dr. Mugdan (Vpt.): Herr Bebel war nicht der erste, der auf die Zustände in den Bäckereien hingewiesen hat. Es ist festgestellt, daß in der Bäckerei eines sozialdemokratischen Konsumvereins die größten Schweinereien vorgekommen sind. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Cassel (Vpt.): Der Abg. Liebknecht hat uns den Vorwurf der politischen Heuchelei gemacht. Es ist mir vollkommen gleichgültig, wie er über mich denkt. Er wird mich auch nicht provozieren, zu sagen, wie ich über ihn denke. Das ist so ohne weiteres nicht zu sagen. (Heiterkeit rechts.) Unsere Haltung in dieser Sache widerspricht in keiner Weise unseren früheren Worten oder Taten. Ich habe oft in der schärfsten Weise die Regierung bekämpft, aber wir haben unser Vaterland Preußen nie verleugnet. Ohne die großen Taten vor 100 Jahren könnten die Herren Borchardt und Liebknecht hier heute gar nicht das Wort nehmen. (Lachen b. d. Soz.) Es ist ein Vorrecht der deutschen Sozialdemokratie, zu lachen, wenn von den großen Taten unserer Heroen gesprochen wird. (Stürm. Zust. b. d. Mehrheit. — Zurufe b. d. Soz.: Wir lachen ja über Siel) Das ist eine Ausrede. Unser Volk wird kein Verständnis haben für Ihr Verhalten und wir werden auch in Zukunft eintreten für den weiteren Ausbau der 1813 geschaffenen freiheitlichen Einrichtungen in unserem geliebten Vaterland. (Lebh. Beif. b. d. bürgerl. Parteien.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich habe natürlich Herrn Cassel persönlich nicht bewußte Heuchelei vorgeworfen. Er ist selbstverständlich in sich selber ehrlich. Aber als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung konnte ich ihn nicht anders charakterisieren. Der Kampf gegen den korsischen Eroberer wurde geführt, um die Befreiung von dieser Despotie zu erlangen, aber vom Junkertum unterstützt, weil es seine Herrschaft von neuem begründen wollte. Das hat auch Treitschke anerkannt. Gewiß wurde dem Volke 1813 von höchsten und allerhöchsten Stellen Freiheiten versprochen, aber dann kam die Reaktion und auf 1848 folgte die Gegenrevolution und das Dreiklassenwahlrecht, dem Sie Ihre Herrschaft verdanken. (Schlußrufe rechts.) Wir anerkennen die Opfer der Volkserhebung von 1813, aber wir bedauern, daß Blutopfer gebracht wurden, um dann bis aufs Blut gepeitscht und in das Dreiklassenjach gespannt zu werden. Daher sind wir nicht gewillt, 1813 als eine Hohenzollernfeier zu feiern, denn die Hohenzollern mußten damals durch das Volk erst geschoben werden. Das Jahr 1813 kann würdig nur gefeiert werden durch **einen neuen Befreiungskrieg, den wir 1913 gegen das Dreiklassenwahlrecht zur Befreiung des preußischen Volkes führen müssen.** (Lebh. Bravo! b. d. Soz. — Lärm rechts.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Cassel (Vpt.): Wir feiern nicht das Demagogenverfolgen und die Reaktion, sondern nur den Aufschwung des preußischen Volkes im Jahre 1813. (Abg. Hoffmann: Ohne Napoleon saßen die Juden noch heute im Ghetto!)

Abg. Borchardt (Soz.): Ich kann jetzt leider nicht mehr nachweisen, daß diese ganze Haltung der Fortschrittlichen Volkspartei darauf zurückzuführen ist, daß die von ihr vertretenen Bevölkerungsschichten, die Kapitalisten, von der Entwicklung von 1813 den größten Nutzen gehabt haben.

Abg. Cassel (Vpt.): Ich gehöre allerdings zu denen, die ihre Religion niemals verleugnen. (Sehr richtig!) Aber 1813 saßen die Juden überhaupt nicht mehr im Ghetto. Das hatten sie den preußischen Christen zu verdanken. In vaterländischen Dingen kenne ich keine konfessionellen Unterschiede. (Bravo! b. d. Mehrheit.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich greife niemanden wegen Ihrer Religion an. Aber wenn Herr Cassel sich in patriotisch überschwenglichen Reden gefällt, so erinnere ich daran, daß die Juden die Gleichstellung in Preußen erst 1813 erreichten. Wir haben bei dem Wortbruch von 1813 keine Ursache zu einer Hohenzollernfeier. (Bravo! b. d. Soz. — Zuruf rechts: Unverschämtheit!)

Abg. Cassel (Vpt.): Es ist die Manier des Herrn Hoffmann, die Leute, die seine Witze einstecken, lächerlich zu machen. Ich stecke nichts ein.

Abg. Hoffmann (Soz.): Wenn Herr Cassel nichts einsteckt, wird es äußerlich um so mehr sichtbar sein. (Schallende Heiterkeit). Mich mutet es komisch an, wenn ein Angehöriger des Tempels in eine protestantische Kirche geht. (Heiterkeit und Unruhe.)

Abg. Cassel (Vpt.): Ich war schon sehr oft in einer evangelischen Kirche und werde noch oft hingehen, denn meine Auffassung von der Kirche unterscheidet sich sehr von der des Abg. Hoffmann. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Schluß 5 Uhr. Dienstag 11 Uhr: Etat für Handel und Gewerbe, Bergetat.

Entspannung?

Rumänien hat, wie wir schon am Sonnabend mitteilen konnten, in dem Konflikt mit Bulgarien die angebotene Vermittlung der Großmächte angenommen. Der Kollektivschritt der Vertreter der Großmächte dürfte bereits heute (Montag) noch erfolgen. — Ob nun das gemeinsame Vorgehen der Mächte zu dem erhofften Ziele führt, muß vorerst abgewartet werden. Berechtigt dieser erfreuliche Schritt entschieden zu einer optimistischen Betrachtung der Lage, so wird man doch gut tun, sich vorläufig noch keine allzu großen Illusionen zu machen. Das gilt ganz besonders auch für die gemeldete, angeblich zwischen Oesterreich und Rußland eingetretene Entspannung und Aussicht auf Verständigung in den Streitfragen. Denn die Tatsache, daß Rußland weiter mobilisiert und jetzt auch seine Schwarzmeerflotte in Bereitschaft gesetzt hat, erhöht den Wert solcher friedlichen Versicherungen keineswegs.

•

Neue Friedensverhandlungen?

Sofia, 23. Februar. „In eingeweihten Kreisen" verlautet, die englische Regierung habe bei der bulgarischen Regierung um die Bekanntgabe der Bedingungen nachgesucht, unter denen die Friedensverhandlungen wieder aufgenommen werden könnten.

Konstantinopel, 23. Februar. Die türkischen Preßstimmen, welche der Regierung bisher treu waren, betonen die Dringlichkeit den Krieg bald zu beenden und Frieden zu schließen.

Vom türkisch-bulgarischen Kriegsschauplatze

wird wesentliches nicht gemeldet. Ein offizieller türkischer Kriegsbericht besagt: Gestern hat der Feind das Bombardement von Adrianopel fortgesetzt. An der Ostfront fand ein Artilleriekampf statt. Vor Bulair sind keine Veränderungen eingetreten. An der Tschataldschalinie ist der Feind damit beschäftigt, die im Westen von Tschiftlikój gelegenen Anhöhen zu befestigen. Unsere Rekognoszierungskolonnen sind in Tätigkeit. — Bei der Tschataldschalinie unternahmen die Türken in der Nacht zum Freitag einen Nachtangriff bei Sürginköj. Die Bulgaren zogen sich mit schweren Verlusten zurück. Am Freitag fand westlich von Kadiköj ein erbitterter Kampf statt, der von mittags bis 6 Uhr abends dauerte und mit dem Rückzug der Bulgaren endete.

Die Fremden verbleiben in Adrianopel.

Die bulgarische Regierung hat den Vertretern der Mächte zur Kenntnis gebracht, daß sie dem türkischen Beschlusse, eine neutrale Zone in Karagatsch für die Fremdenkolonien von Adrianopel zu schaffen, nicht zustimmen könne und in dieser Frage nach wie vor an der von der Pforte selbst vorgeschlagenen ursprünglichen Lösung festhalte, wonach die Fremden die Bewilligung erhalten sollten, die türkischen Linien zu verlassen. — Da die Türkei ebenfalls an ihrem Vorschlage festhält, haben es die in Adrianopel lebenden Ausländer angeblich vorgezogen, in der belagerten Festung zu verbleiben. Die Pforte hat den einzelnen Botschaften Depeschen ihrer Konsuln in Adrianopel überreichen lassen, die die Mitteilung erhalten, daß die Fremden es sich zur Ehre anrechnen, in der belagerten Stadt bis zum letzten Augenblick auszuharren und alles Schwere mit zu ertragen. Die Konsuln haben Nachricht gegeben, daß sie ebenfalls in Adrianopel verbleiben, da sie ihre Landsleute nicht allein lassen wollen. Wie weiter mitgeteilt wird, haben sich die Fremden bereit erklärt, die bewilligte neutrale Zone zu beziehen.

Konstantinopel, 23. Februar. Der Großwesir hat an die fremden Kolonien in Adrianopel Depeschen gerichtet, in denen er ihnen für ihre Haltung dankt. Dadurch, daß sie vorgezogen hätten, die Stadt nicht zu verlassen und in der neutralen Zone zu verbleiben, hätten sie ein Zeugnis menschlicher Solidarität abgelegt und es vermieden, durch ihren Auszug einen schlechten Eindruck bei der einheimischen Bevölkerung hervorzurufen.

Gewerkschaftliches.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1912.

Der Bergarbeiterverband veröffentlicht soeben seinen Kassenbericht für 1912. Schon auf den ersten prüfenden Blick sieht man, daß der Verband ein hartes Kampfjahr hinter sich hat. Doch hat diese schwere Zeit der von dem Industriefeudalismus bestgehaßte Verband leidlich überstanden. Einnahme und Ausgabe stehen mit 8 925 420 Mk. zu Buch. Es betrugen die Einnahmen an:

	1911	1912
Beiträge der Mitglieder	2 239 468 Mk.	2 193 502 Mk.
Eintrittsgelder	16 575 Mk.	21 325 Mk.
Summa:	2 256 053 Mk.	2 214 827 Mk.

An Mitgliederbeiträgen weist das Jahr 1912 gegenüber 1911 eine Mindereinnahme von 45 966 Mk. auf. Das ist erklärlich. Die Wunden, die den Bergarbeitern durch das verräterische Verhalten des „christlichen" Gewerkvereins geschlagen waren, konnten noch nicht ganz verheilen. Tausende von Bergarbeitern wurden durch dieses Verhalten in den Zustand der Hoffnungslosigkeit versetzt. „Es nützt alles nichts", das war der Gedanke, der sich bei vielen Bergarbeitern durch die Erfolglosigkeit des Streiks eingebürgert hatte. Und so wandte mancher der Organisation den Rücken. So sank die Mitgliederzahl von 120 136 im Jahre 1911 auf 114 062 im Jahre 1912. Alle Arbeiterfeinde stürzten sich nach dem Streik auf den Verband und drohten ihm zu erwürgen. Der Schlag ist aber verwunden. Es geht wieder vorwärts. Trotzdem 1912 ein kleiner Rückgang in der Einnahme für Beiträge eingetreten ist, übersteigt diese dennoch in den Geschäftsjahren 1911-12 diejenige von 1909-10 um 492 542 Mk.

Für Unterstützungszwecke wurden verausgabt:

	1911	1912
Streikunterstützung	1 522 929 Mk.	2 092 536 Mk.
Gemaßregelteunterstützung	48 391 Mk.	135 956 Mk.
Arbeitslosenunterstützung	33 031 Mk.	50 167 Mk.
Krankenunterstützung	351 425 Mk.	354 956 Mk.
Sterbegeld	91 776 Mk.	90 434 Mk.
Rechtsschutz	111 288 Mk.	179 620 Mk.
Summa	2 158 840 Mk.	2 803 669 Mk.

Die Ausgaben für Streikunterstützung beziehen sich auf den in Mitteldeutschland im Jahre 1911 geführten Braunkohlenarbeiterstreik und auf die Streiks, die im März vergangenen Jahres geführt wurden. Besonders in die Höhe geschnellt sind die Ausgaben für Rechtsschutz. Das erklärt sich aus den vielen Streikprozessen. Auch die Ausgaben für Gemaßregeltenunterstützung haben sich verdreifacht. Das hängt ebenfalls mit den vielen Streiks, die der Bergarbeiterverband zu führen gezwungen war, zusammen. Der Vermögensbestand beträgt am Schlusse des Geschäftsjahres 2 681 136 Mk. Der Geschäftsbericht zeigt, daß sich die Hoffnungen aller Arbeiterfeinde, den Verband niederzuringen, nicht erfüllt haben. Diese Hoffnung wird auch fernerhin ein frommer Wunsch bleiben.

Die Verhandlungen im Malergewerbe.

Die zentralen Verhandlungen für das Malergewerbe wurden am 22. Februar in Berlin weitergeführt. Nach dem Vorschlag der Unparteiischen mußten auf Grund der letzten Verhandlungen, am 30. Januar, die Beratungen in den einzelnen Gauen über Lohn und Arbeitszeit bis zum 18. Februar erledigt und die Entscheidungen nebst Begründung an den geschäftsführenden Unparteiischen des Haupttarifamts eingesandt sein. Die so getroffenen Entscheidungen wurden, soweit sie die Zustimmung der Vertragsparteien nicht gefunden haben, am 22. Februar vor den drei Unparteiischen und den Vertretern der Zentralorganisationen geprüft. Wie bereits berichtet wurde, war in keinem Gau eine Einigung erzielt worden; in sechs Gauen waren Schiedssprüche gefällt worden und in einem (Leipzig) waren die Verhandlungen von den Unternehmern abgebrochen worden.

Nach Eröffnung der Sitzung gab der Vorsitzende des Unternehmerverbandes folgende Erklärung ab: „Die von den Gautarifämtern gefällten Schiedssprüche lehnen wir ab, da in den meisten Fällen die wirtschaftliche Lage des Malergewerbes nicht berücksichtigt worden ist. Wenngleich zugegeben werden soll, daß die Gautarifämter mit ihren Schiedssprüchen in einigen Städten die gegenwärtige Lage richtig erfaßt haben, so haben wir doch in der Sitzung vom 29. Januar erklärt, daß wir uns das Recht vorbehalten, von den eventuellen Einigungen oder Entscheidungen der Gautarifämter zurückzutreten, wenn es nicht gelingt, eine Einigung auf der ganzen Linie zu erzielen. Da ein großer Teil der Schiedssprüche unannehmbar ist, müssen wir nunmehr alle Schiedssprüche ablehnen."

Von den Gehilfenvertretern wurde darauf erwidert, daß eine solche Erklärung nicht am Platze sei, besonder nicht die Entscheidungen und Begründungen der Gautarifämter hier bekanntgegeben seien. Zudem hätte das Gautarifamt Leipzig überhaupt keine Entscheidung gefällt, da die Unternehmer es abgelehnt haben, außer der tariflichen Lohnerhöhung auch über eine allgemeine zu verhandeln.

Für den Gau Norddeutschland erklärte der Unternehmervertreter, daß sie nicht alles abgelehnt hätten, wenn das Einigungsamt ein Urteil gefällt hätte, das ihnen paßte. In wegwerfender Weise sprach er dem Einigungsamt die Fähigkeit ab, die Verhältnisse richtig zu beurteilen. Dennoch will die Meisterschaft seines Gaues ein „Ultimatissimum" abgeben, woran nicht mehr gerüttelt werden dürfe, weder von der Gehilfenschaft, noch von den Unparteiischen! Für die einzelnen Lohngebiete gab er nun bekannt, wie hoch sich das Angebot beläuft. Im Durchschnitt sind es 3 Pf. (auch für Hamburg, Maler 2 Pf., Lackierer 3 Pf.). In einigen Orten 4, 5, nur für einen Ort (Braunschweig, wo eine halbstündige Arbeitszeitverkürzung in Betracht kommt) 7 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde. Möge nun kommen, was da wolle, das wäre ihr letztes Wort! — Die Gehilfenvertreter konnten diesen Worten kein Gewicht beilegen; solange nicht vom Hauptverband eine dahingehende Erklärung abgegeben wird, halten sie die Ausführungen des Vorsitzenden des Gaues 1 als dessen persönliche Meinung; sonst hätte man nicht hier unter Ausschluß von Unparteiischen zusammenkommen dürfen. Der Vorsitzende des Unternehmerverbandes erklärte hierauf daß das nicht die Meinung des Hauptverbandes sei. — Gau 2 (Rheinland und Westfalen) bietet im Durchschnitt

6 Pf. an. Sollen die Schiedssprüche über 3 Pf. gehen, so werden sie die Annahme ihren Mitgliedern nicht empfehlen können. Eine Arbeitszeitverkürzung wird abgelehnt. — Gau 3 (Süddeutschland) lehnt die Schiedssprüche ab, ebenso eine allgemeine Lohnerhöhung, wie auch eine Arbeitszeitverkürzung. Einige Orte bieten 3 Pf. an, auf drei Jahre verteilt. Auch die übrigen Gauvertreter lehnen im einzelnen die Schiedssprüche in den Gautarifämtern ab. Sie erwarten, daß die Unparteiischen ihre Schiedssprüche so fällen, daß sie die Unternehmer im Malergewerbe auch tragen können.

Der Gehilfenvertreter ging zunächst auf die abgegebene Erklärung des Unternehmerverbandes ein und hob scharf hervor, daß die Gehilfenschaft mit den Schiedssprüchen im allgemeinen auch nicht einverstanden sein kann. Eine Reihe von Orten sei nicht so berücksichtigt worden, wie es in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage nötig sei. Ständig wurden die Gehilfen auf die kommende Tarifperiode vertröstet und da hätte man erwarten können, daß diesmal eine angemessene Lohnerhöhung und auch eine Arbeitszeitverkürzung für die Gehilfenschaft bewilligt werde. Der Hinweis auf die schlechte Konjunktur im Malergewerbe treffe nicht zu, werde doch in der Presse der Meisterschaft selbst zugegeben, daß nach der Tarifbewegung eine bessere Geschäftskonjunktur zu erwarten ist.

Die Verhandlungen sind noch nicht beendet.

Nachklänge vom Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Wegen der Behauptung, daß in den ersten Tagen des Streiks ein berittener Schutzmann auf einer Straße in Altenessen „alten Passanten, die nicht eilig genug verschwinden konnten, einige Säbelhiebe verabreichte", war der Genosse Neumann als verantwortlicher Redakteur der Essener Arbeiterzeitung unter Anklage gestellt. Nach mehreren vergeblichen Terminen kam die Sache am Freitag zum Abschluß. Unter den 18 von der Staatsanwaltschaft geladenen Polizeibeamten höheren und niederen Grades, die zur angegebenen Zeit dort Dienst getan haben sollen, befand sich der Schuldige nicht, weshalb der Staatsanwalt den Wahrheitsbeweis als nicht geführt erachtete und eine Woche Gefängnis beantragte, obgleich zehn Zivilzeugen bekundeten, daß sie mißhandelt worden waren. Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da der Wahrheitsbeweis geführt sei.

Zum Streik in der Binnenschiffahrt.

Die Schiffahrtsunternehmungen versenden an die Kaufmannschaft Zirkulare, in dem sie mitteilen, daß wegen des Streiks sie nicht in der Lage sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Kaufmannschaft wird um Unterstützung gebeten, da der Kampf im Interesse ihrer selbst geführt wird. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die Hamburger Handelskammer das Vorgehen des Unternehmerverbandes unterstützt. Die Kaufleute werden ersucht, der Bahn die Güter zu überweisen und sie nicht solchen Schiffsunternehmern zur Beförderung zu überweisen, die die Forderungen der Mannschaften bewilligt haben.

Einige Firmen wollen die Streikunksten sofort eintreiben, sie teilen der Kaufmannschaft mit, daß sie gezwungen sind, einen Frachtzuschlag von 5 Pf. pro 100 Kilogramm einzuführen.

Aus allen Darlegungen geht hervor, daß die Wirkung des Streiks eine bedeutsame ist, und daß das Geschreibsel der bürgerlichen Presse, daß der Verkehr nur beschränkt verhindert sei, unrichtig ist. Die Mannschaften richten sich auf einen längeren Streik ein, sie haben für die erste Woche auf Unterstützung verzichtet. Von den über 10 000 Streikenden ist bisher noch keiner abtrünnig geworden. Zu neuen Bedingungen fahren auf der Elbe zirka 300 Schiffe.

Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Streik der Seidenweber in Krefeld. Die Seidenweber verlangten von den Farbereibesitzern eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden und eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmer wollten den Arbeitern wohl in der Lohnfrage entgegenkommen, lehnten aber jede Verkürzung der Arbeitszeit ab. Und ohne diese Verkürzung der Arbeitszeit wollten sie den Tarif auf 3¾ Jahre abschließen. Dazu waren die Arbeiter natürlich nicht bereit. Sie kündigten am 21. d. Mts. morgens und legten schon am Abend desselben Tages die Arbeit nieder, da nur eine eintägige Kündigungsfrist besteht. Für die Bewegung kommen 2652 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht, rund 2300 davon sind im Textilarbeiter-Verband organisiert.

Auf dem Wittener Gußstahlwerk, Abteilung Drahtwalzwerk, haben die Arbeiter am 21. Februar die Kündigung eingereicht, weil die Verhandlungen erfolglos verlaufen sind. Am 14. Februar ist eine Bekanntmachung erfolgt, wonach die Akkordsätze für alle Arbeiter ab 1. März reduziert werden sollen, was für den einzelnen Arbeiter eine Lohneinbuße bis zu 1 80 Mk. täglich ausmacht.

Die Betriebsleitung sucht von außerhalb Arbeitskräfte heranzuholen. An der Bewegung sind der freie, der christliche, der Hirsch-Dunckersche und der polnische Verband beteiligt.

Die Gemeindearbeiter in Treptow fordern die neunstündige Arbeitszeit an Stelle der bisher 10- und 12stündigen, alle 14 Tage einen freien Sonntag, Wochenlöhne, Bezahlung der Ueberarbeit mit 25 Prozent, der Sonntags- und Nachtarbeit mit 50 Prozent und der Feiertagsarbeit mit 100 Prozent, ferner die Errichtung eines Arbeiterausschusses. Die Arbeiter sind im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter und im Maschinisten- und Heizerverbande organisiert.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Schwere Jungens. Im Dezember v. J., besonders vor Weihnachten, wurden hier bekanntlich eine ganze Reihe schwerer Einbrüche begangen und Geschäftsleute dadurch recht erheblich geschädigt. So wurden einem Drogisten ein Faß Schmierseife, einem Wildhändler fünf Gänse und sieben Hasen, einem Gastwirt Zigarren und Zigaretten und eine Flasche Arak entwendet. Dann wurden noch mehrere Einbrüche bei Geschäftsleuten versucht, bei denen die Täter gestört oder verscheucht wurden. Am schwersten wurde aber ein Geschäftsmann in der Böhergasse heimgesucht, dem in der Nacht vom 22. zum 23. Dezember teure Straußenfedern, sogen. Bleureusen, im Werte von etwa 4000 Mk. und ein neues Fahrrad gestohlen wurden. Da die Diebe die Bleureusen nicht absetzen konnten, verbrannten sie schließlich den größten Teil. Als Täter wurden schließlich verhaftet: Kellner Max Küpp, Klempner Hans Seyferth, Arbeiter Richard Thiel, Handelsmann Konstantin Raue, Arbeiter Otto Lorenz und Fleischermeister August Hoffmann. Die Angeklagten stehen im Alter von 22 bis 35 Jahren und sind sämtlich vorbestraft. Küpp und Seyferth haben schon mehrfach Zuchthausstrafen verbüßt, ersterer ist erst im November vor. Js. aus dem Zuchthause entlassen worden. Lorenz ist nur an der Entwendung des Fasses Schmierseife beteiligt; Hoffmann, der in Burgdorf wohnt, kommt als Hehler in Betracht, weil er von den Dieben die Hasen, Gänse und das Fahrrad gekauft hat. Küpp, der am schwersten Beschuldigte, stellt seine Teilnahme im großen ganzen in Abrede und meint, seine Mitangeklagten hätten gegen ihn einen Plan geschmiedet, um ihn „hineinzulegen". Er habe jene „Nachtarbeiten" nicht mitgemacht. Es sei schlimm, daß man seinen Beteuerungen nicht glaube. Das käme aber nur daher, weil er schon so oft vorbestraft sei. Seyferth hingegen gab seine Strafaten zu und meinte, wenn man etwas getan habe, dann müsse man auch den Mut haben, Farbe zu bekennen. S. beschuldigte seine Mitangeklagten, letztere hingegen räumten ihre Taten ein. Der Fleischer, der die entwendeten Hasen, Gänse und das Fahrrad gekauft hatte, will aber nicht gewußt haben, daß die Gegenstände gestohlen waren. Die Beweisaufnahme durch Aufgebot von elf Zeugen gestaltete sich sehr umfangreich. Von den Bleureusen hat der heimliche Geschäftsmann für 1000 Mk. wieder zurückerhalten. Das Urteil lautete: Küpp 5 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust; Seyfert 3 Jahre, Thiel 3½ Jahre, Raue 2 Jahre 1 Monat Gefängnis mit Ehrverlust; Lorenz 9 Monate und Hoffmann 5 Monate Gefängnis. Zu der Verhandlung hatte Küpp einen Zeugen laden lassen, der bekunden sollte, daß er, K., bei dem Bleureusendiebstahl nicht beteiligt sei. Der Zeuge mußte aber der Wahrheit gemäß bekunden, daß nicht bloß Küpp, sondern auch er, der Zeuge selbst, bei dem Diebstahl beteiligt gewesen sei. Die Folge davon ist, daß nun auch noch gegen ihn vorgegangen wird.

Aus der Provinz.

Landgemeinden und Jugendbewegung.

Seit dem plötzlichen Aufkommen der staatlichen „Jugendpflege" sind wir daran gewöhnt worden, daß öffentliche Mittel in der ungeniertesten Weise in den Dienst dieser Partei-bestrebungen gestellt werden, daß öffentliche Gebäude oder öffentliches Land den Hurrapatrioten zur Verfügung steht, während jedem Arbeiter-Turnverein oder -Gesangverein auf den Befehl der Regierung (der gegen die Verfassung, nach der ja bekanntlich jeder Preuße gleich sein soll, verstößt) die Gemeindeturnhallen, die Schulgebäude usw. gesperrt werden. Besonders schlimm geht es natürlich in den Landgemeinden her, wo sich in der Regel die Pfarrer, Amtsvorsteher, Grundbesitzer usw. einfach als Herren der Schulgrundstücke auftun. So wird z. B. aus Diffenchen gemeldet, daß dort unter der Leitung von Lehrern und Pfarrern ein Jugendbund Deutschland gegründet worden ist, der ohne Genehmigung des Schulvorstandes oder der Gemeindevertretung in den Schulräumen seine Sitzungen abhält. Die Schulräume sind mit neuen Schulbänken ausgestattet. Selbstverständlich hat man sie in ihrem Maß nur für Schulkinder, nicht aber für Frauen und erwachsene Männer mit berechnet. Werden sie dennoch von diesen benutzt, so entsteht die Gefahr einer baldigen Zerstörung. Im übrigen ist das Rauchen usw. in dem öffentlichen Schullokal keineswegs zu dulden und auch die Verschmutzung der Räume muß als eine direkte Gesundheitsgefährdung der Schulkinder angesehen werden.

Es ist gar nicht zu bezweifeln, so bemerkt dazu die Kommunale Praxis, daß ohne die Genehmigung des Schulvorstandes die Benutzung der Schulräume unzulässig ist; die Genehmigung darf aber nicht erteilt werden, wenn eine Gefährdung der Schulkinder oder der Einrichtungen der Schulstuben zu erwarten steht. Die Gemeindevertretung hat im Uebereinstimmung mit dem Gemeindevorsteher in dieser Weise beschlossen, dabei aber die Rechnung ohne den — Landrat gemacht. Mit einer bei der preußischen Bureaukratie beinahe unerhörten Schnelligkeit, nämlich innerhalb weniger Tage nach dem Beschlusse der Gemeindevertretung, hat dieser Herr den Gemeindevorsteher bereits angewiesen, auf Grund des § 140 der Landgemeindeordnung den Beschluß zu beanstanden. Was er dabei anführt, um die Benutzung der Schule durch den Jugendbund zu rechtfertigen, ist vollständig belanglos und trifft in keiner Weise die Sache. Ob es aber gelingen wird, die Benachteiligung der Schuljugend und die Gefährdung der Einrichtungen der Schule, die durch die Benutzung der Schulräume gegeben sind, sowie ferner das unberechtigte Eindringen des Jugendbundes in die Schulräume in Zukunft zu verhindern, das muß aus bekannten Gründen dahingestellt bleiben.

Einen recht fidelen Landtagswahlkampf,

nämlich mit Bochierrummel und Stammtischrundgesängen, scheinen die Zeiter Nationalliberalen führen zu wollen. Die bürgerliche Lokalpresse veröffentlichte zu diesem Zwecke folgenden Lockruf:

Nationalliberale Stammtisch.

Sonnabend, den 22. Februar, abends nach der nat.-lib. Versammlung im Schultheiß. Motto: „Wo man singt da laß dich ruhig nieder; böse Menschen haben keine Lieder!"

Na also, was mir die „Fortschrittler" wollen! Der nationalliberale Mensch kann konservativ und agrarisch bis auf die Knochen, wahlrechtsfeindlich wie ein „Freisinniger" und falsch und blöde wie ein Antisemit sein, wenn er nur an der gemütlichen Stammtischrunde sein „Deutschland, Deutschland — —" kräftig mit gröhlen lernt, dann ist er die Seele von einem Menschen.

Merseburg. Eine erhebliche Strafe wegen eines verhältnismäßig geringen Vorteils erhielt der Gärtner Wilhelm Westfeld aus Delitzsch, ein allerdings schon häufig vorbestrafter Mann, von der Strafkammer Halle. Eines Tages im Januar ds. Js. suchte er die Frau eines hiesigen Gerichtssekretärs auf, in deren Garten er früher mit seinem Meister Arbeiten verrichtet hatte. Er redete der Frau vor, er sei von seinem Meister beauftragt worden, in ihrem Garten Kalk zu streuen. Als ihn die Frau bat, einen noch fälligen Betrag von 17,15 Mark für seinen Meister mitzunehmen, strich er das Geld ein und quittierte mit falschem Namen. Er lieferte das Geld nicht ab, sondern verbrauchte es für sich. Man verurteilte ihn wegen Rückfallbetrugs zu sieben Monaten Gefängnis.

Bitterfeld. Unglücksfälle auf den Elektrochemischen Werken. Den Arbeiter Albert Rösler aus Bitterfeld sind die Beine dermaßen durch Phosphor verbrannt worden, daß die Ueberführung nach dem hiesigen Krankenhause erfolgen mußte. Dem Arbeiter August Biermann aus Roitzsch spritzte scharfe Lauge ins Gesicht und die Augen, daß die Erhaltung des Augenlichts sehr in Frage gestellt ist. Er wurde nach Halle überführt. Dem Arbeiter Friedrich Fiedler aus Greppin ist das rechte Bein bei dem Wegschaffen von Aetzkali erheblich geätzt worden. Aus diesen Fällen erkennt man, wie die Gesundheit der Arbeiter fortgesetzt gefährdet ist. Wie trotzdem die Arbeiter vom Unternehmertum behandelt werden, beweisen die letzten Maßregelungen, welche am Freitag an einigen Arbeitern aus geringfügigen Ursachen erfolgt sind.

Landsberg. Genossenschaftliches. Am Sonntag fand in Biermanns Lokal in Schwäß die Generalversammlung des Konsumvereins Gollma-Landsberg statt. Nach Erstattung des halbjährigen Geschäftsberichts wurde Maurer Göcht als Vorstandsmitglied wiedergewählt, als Aufsichtsratsmitglieder wurden Maurer Schaaf wieder- und Arbeiter Scheibe neugewählt. Ueber den Ankauf zweier kleiner Landstreifen am Geschäftshause in Gollma wurde länger debattiert und der Vorstand ermächtigt, die Parzellen zu einem angemessenen Preis zu erwerben. In Gollma soll später vom Verein eine Schrotmühle errichtet werden. Wie der Geschäftsführer Zille mitteilte, sind die Geschäftsverbindungen mit dem langjährigen Futterartikellieferanten Müllermeister Gehrs in Gollma abgebrochen, da G. den Verein übervorteilt habe. Seit Jahren wurde von Mitgliedern über schlechte Futtermittel geklagt, die Schweine sollen davon oft krank geworden sein. Bei Vorhaltungen seitens der Verwaltung beteuerte G. stets, daß er „reine Ware" liefere. Jetzt hätten chemische Untersuchungen in Halle ergeben, daß das von G. gelieferte Gerstenschrot usw. gefälscht sei. Es sei wasserfreier Gips, Schwerspat, Holzteile (Sägemehl) und Schalen von Unkrautsamen darin gefunden. Auch Bauern in Gollma, die von G. Futtermittel bezogen, hätten Fälschungen feststellen lassen. Der Verein bezog von G. jährlich für über 20 000 Mk. Futtermittel. — Es erwies sich bei Versammlung allgemeines Bedauern, daß die Sache nicht angezeigt wurde. Mit sehr großer Bestimmtheit wurde der Vorstand beauftragt, gegen G. Anzeige zu erstatten. Geschäftsführer Zille machte von die Mitteilung, daß G. die Fälschungsmittel von einer Firma in Halle im großen bezogen habe. Für andere Konsumvereine dürfte diese Vorgänge eine Warnung sein.

Delitzsch. Polizei und Saalboykott. Da die hiesigen Saalbesitzer der organisierten Arbeiterschaft immer noch die Gleichberechtigung versagen und zu politischen Versammlungen ihre Säle verweigern, ist es ganz selbstverständlich, daß die organisierte Arbeiterschaft vor den gesperrten Lokalen Boykottposten aufstellt, um zu sehen, wer aus den Reihen der Arbeiter zum Verräter wird. Daß dies den Wirten nicht paßt und sie dadurch ihren Verdienst geschmälert sehen, ist erklärlich. Statt nun einmal über das Rechtsverhältnis nachzudenken und den Konflikt beseitigen zu helfen, schickt man zur Polizei und versucht dieselbe gegen uns scharf zu machen. Daß die Wirte, den polizeilichen Vorschriften zuwider, die Lampen vor dem Lokal meist auslöschen, um dadurch dem Posten seine Arbeit zu erschweren, fällt nicht mehr besonders auf. Bis jetzt nahm die Polizei dem Boykottposten gegenüber immer einen gerechten Standpunkt ein. Um so mehr muß man sich wundern, daß am letzten Sonnabend vor dem Bürgergarten, wo der Kriegerverein ein Vergnügen abhielt, gleich zum Anfang, obwohl keine Posten aufgestellt waren, zwei Schutzleute postiert waren. Vermutlich ist dies auf Ansuchen des Kriegervereins geschehen. Daß dadurch versucht wurde, Straßenpassanten vom Trottoir zu verweisen, gehört nach unserer Auffassung nicht zu den Aufgaben der Polizei. Auf energischen Einwand erklärte denn auch ein Beamter, daß heute keine Posten ausgestellt werden dürften und er beauftragt worden sei, das Trottoir freizuhalten. Hoffentlich verläßt die Polizei diesen Standpunkt recht bald wieder und nimmt nicht einseitig Partei gegen die Arbeiterschaft. Dann können wir auch Garantie übernehmen, daß trotz häufiger Provokation von gegnerischer Seite für die Zukunft Zusammenstöße vermieden bleiben.

Eisleben. Aus der Reichsverbandsküche. Der Reichsverband hat mit Hilfe der bürgerlichen Presse wieder einen ganzen Packen Flugblätter unter die Bevölkerung Mansfelds gebracht. In dem einen soll der Nachweis geliefert werden, daß die Arbeiter niemals zufriedenzustellen sind, das andere behandelt wieder einmal den Segen der deutschen Arbeiterversicherung. Auch die Scharfmacherrede Westarps im Reichstage über den Schutz der Arbeitswilligen wird den Bergleuten auf diese für uns sehr billige Weise zugänglich gemacht. Unseren Genossen ist damit eine Arbeit abgenommen, denn sie trugen sich mit dem Gedanken, diese vorzügliche Agitationsrede gleichfalls zu verbreiten. Die vom Reichsverband angewandte Methode zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat derart Fiasko gemacht, daß auch mit diesen Flugblättern nicht viel erreicht wird. Aber schließlich muß der Reichsverband seinen Geldgebern doch etwas bringen: sind es keine Erfolge, dann wenigstens Flugblätter, die zu allerlei nützlichen Zwecken verwendet werden können.

Eisdorf. Die Gemeindevertreterwahl, die zum fünften Male iher vorgenommen werden mußte, endete diesmal wieder mit einem Siege der Arbeiterschaft. Unser Genosse Faust erhielt 28 Stimmen, während es sein Gegner nur auf ganze 13 Stimmen brachte. Da die Mehrheit der Gemeindevertretung jetzt endlich den ersten Hecht unter sich dulden und die Wahl für gültig erklären wird, bleibt abzuwarten.

Sangerhausen. Die Kriegervereine auf dem Jugendfang. Die Weltgeschichte kennt kein Beispiel, wo so heiß um die Jugend des arbeitenden Volkes gestritten und geworben wurde, wie gegenwärtig. Die Staatserhaltenden überbieten sich gegenseitig im Wettlauf um die Jugend. Daß es allen „Jugendfreunden" mehr oder weniger nur darauf ankommt, die Jugend für ihre kulturwidrigen und arbeiterfeindlichen Pläne einzufangen, trat auch auf dem kürzlich hier abgehaltenen Kreiskriegerverbandstag in die Erscheinung. Nach den Berichten in der bürgerlichen Presse sprach dort der Kameradenrat Landrat v. Doetinchem über die bisherigen Erfolge der nationalen Jugendpflege im Kreise Sangerhausen. Es seien 5 große Versammlungen an verschiedenen Orten abgehalten worden, um die Jugendpflege zu organisieren, und es seien schon schöne Erfolge erzielt worden. In jedem Orte sei ein Ausschuß gebildet worden, und im Kreise Sangerhausen habe sich die Jugendpflege gut entwickelt. Redner wünschte, daß auch die Militärvereine der Bestrebungen anschließen, damit die männliche Jugend bis zum Eintritt zum Militär in nationalen Händen bleibe. Wenn die einzelnen Kameraden der Jugend Vorträge über die Militärzeit halten, werden sie das Interesse der jungen Leute, um sie patriotisch zu erziehen. Herr Major v. Trotha in Sangerhausen habe organisatorisch die Jugendpflege durch Wanderungen und Kriegsspiele praktisch gefördert usw.

Hier werden wieder einmal mit erfreulicher Offenheit die wahren Ziele der nationalen „Jugendfreunde" enthüllt: um die Sozialdemokratie zu bekämpfen, um einseitigen Hurrapatriotismus zu züchten, um vor allen Dingen blind gehorchendes Rekrutenmaterial zu bekommen, treibt man unter dem Mantel der Unparteilichkeit Jugendpflege. Man versteht unter national nichts anderes als die Klassenherrschaft, die Junkerherrschaft, die Niederhaltung der heute noch Rechtlosen. Gerade diese Rechtlosen sind es aber, auf deren Schultern die Klassenherrschaft steht. Mit Grauen steht die herrschende Klasse, daß diese Rechtlosen um Licht, um Sonne, um Leben und Lebensfreude kämpfen und mächtig an ihren Ketten arbeiten, um sich zu befreien. Darin liegt nun noch das besonders Empörende bei den Zuständen in der kapitalistischen Welt, daß die Feinde der Arbeiter die Kosten der Niederhaltung der Massen und des Schutzes ihrer Herrschaft nicht selbst tragen, sondern sich meist auf die Mittel, welche die Regierung für ihre Zwecke zur Verfügung stellt, verlassen. Diese Vorgänge werden in unseren Freunden im Sangerhäuser Kreise erneut das Gelöbnis erzeugen: kühn, energisch und kraftvoll den Kampf um die Jugend zu führen, die proletarische Jugend zu stärken!

— Schulanmeldung. Die Anmeldung der zu Ostern schulpflichtig werdenden Kinder ist an den Tagen vom 3. bis 6. März zu bewirken. Anzumelden sind alle Kinder, die das sechste Lebensjahr bereits überschritten haben oder bis zum letzten September dieses Jahres vollenden. Die Anmeldungen zur Stadtschule werden im Rektorzimmer des Schulhauses 1 in der Schulgasse und die zur Gehobenen Knabenschule und Höheren Mädchenschule in der Aula des Schulhauses 2 an der Alten Promenade entgegengenommen, und zwar Montag, 3. März, von 8—12 und von 2—4 Uhr die der Knaben zur Stadtschule, Dienstag, 4. März, von 8—12 und von 2—4 Uhr die der Mädchen zur Stadtschule, Mittwoch, 5. März, von 9—1 Uhr die der Knaben zur Gehobenen Schule und Donnerstag, 6. März, von 9—1 Uhr die der Mädchen zur Höheren Mädchenschule. Die Anmeldungen zur katholischen Schule sind im katholischen Pfarrhause am Montag, 3. März, von 8—11 Uhr vorzunehmen.

Wittenberg. Dem Verdienste seinen — Orden. In der Wetzigschen Maschinenfabrik feierten am letzten Freitag die Metallarbeiter Knoof, Besener, Möbius und Koppe, die bereits gelegentlich ihres 25jährigen Geschäftsjubiläums mit Diplomen und Geldspenden bedacht waren, das Jubiläum ihrer 30jährigen Tätigkeit bei obiger Firma. Aus diesem Anlaß hatte man es für gut befunden, in hochpatriotischen Worten die „Eintracht zwischen Kapital und Arbeit" zu feiern und der übrigen Arbeiterschaft ans Herz zu legen, es jenen Jubilaren gleich zu tun. Die Fabrikleitung ließ zu diesem Zwecke um 4 Uhr nachmittags das ganze Personal sich in der Schlosserei versammeln, in der auch der Landrat v. Trotha, der Gewerberat Scheibe aus Torgau erschienen; die städtischen Körperschaften waren gleichfalls vertreten, und zwar durch das Magistratsmitglied Stadtrat Merker und Stadtverordnetenvorsteher Wickel. Der Landrat v. Trotha überreichte in längerer Rede den Jubilaren das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze; er hob besonders hervor, daß die also Geehrten sich einer stets königstreuen Gesinnung befleißigt und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0006

dem den Staatsfeindlichen Parteien ferngehalten hätten, sowie immer für Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung eingetreten wären. Das schuldige Kaiserhoch mit Worten des Dankes durfte der Jubilar knoof ausbringen. Gewerberat Scheibe sprach von der Treue zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer als einer schönen Tugend, die leider immer mehr verschwände. Ob er mit seinem Hinweis auf das Bibelwort: Wenn das Leben köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen, alle Anwesenden von der „Köstlichkeit" einer 80jährigen Frau überzeugt hat, ist billig zu bezweifeln. Die Betriebsleitung ließ alsdann ihren Beschluß verkünden, wonach sie anläßlich des Jubiläums einen Wohlfahrtsfonds von 10 000 Mk. zu stiften gedenke, über dessen Verwendung der Arbeiterausschuß Bestimmungen ausarbeiten soll.

Der Wert solcher Jubiläen und Wohlfahrtseinrichtungen ist von der klardenkenden Arbeiterschaft längst erkannt. Man wird durch sie, und wenn sie von noch so hochtönenden Worten begleitet sind, den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit kaum mildern, geschweige denn beseitigen, der auch in der Firma Weßig immer schärfer in die Erscheinung tritt, was die Begleitumstände der letzten (vorjährigen) Weßigschen Lohnbewegung, die bekanntlich ungünstig für die Arbeiter verlief, mit alle Deutlichkeit bewies. Auch die Forderung der Arbeiterschaft nach größerer Anteilnahme an den Kulturgütern unserer Zeit wird man damit nicht hintanhalten. Zeigt doch gerade das Beispiel der in 80jähriger treuer Mitarbeit ergrauten Jubilare, die trotz alledem mit geringen Ausnahmen sicher ein Leben voller Entbehrungen hinter sich haben, daß nichts die zehnmal entrechtete Arbeiterschaft vorwärts bringt, als eine alle Kräfte umfassende starke Organisation. Das, ihr Arbeiter von Weßig sei die Konsequenz die ihr aus der besonderen Ehrung eurer Arbeitsbrüder zu ziehen habt.

Torgau. Einen Selbstmordversuch beging der Musketier Schulze der 3. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 72. Aus seinem Dienstgewehr gab er einen Schuß mit einer Platzpatrone auf sich ab. Er wurde dem Garnison-Lazarett zugeführt. — Ursache wieder mal unbekannt.

Mühlberg. Furchtbare Explosion. Am Sonnabend fand im Neubertschen Gasthof in Neu-Burzdorf ein Glasmachervergnügen statt. Schon bei Beginn desselben wurde ein starker Gasgeruch bemerkt. Plötzlich ging gegen 10 Uhr das Licht aus. Der 21jährige Sohn des Gastwirts eilte in den Keller, wo sich der Karbidbehälter befand, sein Vater eilte ihm nach, um nach der Ursache der Störung zu sehen. Unterdessen war die Frau Neubert hinzugeilt und brannte ein Streichholz an. Sofort erfolgte eine furchtbare Detonation. Der Sohn war sofort tot, während der Frau mehrere Fleischstücken im Gesicht und auf der Brust herausgerissen waren, dem Manne war der Brustkasten eingedrückt. Die Fenster und Türen waren durch den Druck zertrümmert. An dem Aufkommen des Neubertschen Ehepaares wird gezweifelt.

Von anderer Seite wird uns über das furchtbare Unglück noch berichtet: Gegen 10 Uhr wurde das Licht dunkler, der Sohn begab sich sofort zur Anlage, während sein Vater etwas später folgte. Die Mutter schaute durch eine kleine eiserne Tür vom Saal aus nach der Anlage. Eine Explosion erfolgte plötzlich. Der Sohn wurde auf der Stelle getötet, Vater und Mutter lebensgefährlich verletzt. 40—60 Zentimeter dicke Mauern sind geborsten, die Wand zur Garderobe vollständig eingedrückt, Türen und Fenster liegen in Tausenden von Stücken umher. Fremde Personen sind, da noch Konzert stattfand, glücklicherweise nicht verletzt. Wäre das Konzert vorüber gewesen, wäre die Garderobe voll Menschen und das Unglück noch weit schrecklicher.

Kleinelpisch. Gemeindevertretersitzung. Der Voranschlag zum Haushaltungsplan wurde genehmigt. Die Einnahme und Ausgabe beträgt 10800 Mark. Betreffs der Steuern wurde beschlossen, Kommunalsteuer 125 Proz., Grund- und Gebäudesteuer 150 Proz. zu erheben. Weiter wurde verhandelt wegen Einkaufs in die Gemeinde. Es wurden von unsern Vertretern 6 Mk., von den bürgerlichen 10 Mk. Einkaufsgebühr zu erheben beantragt. Unser Antrag wurde abgelehnt, der mit 10 Mk. angenommen. Auch Arbeitervertreter stimmten gegen unsern Antrag. Genossen, merkt es euch und macht keinen Gebrauch vom „Einkauf". Ueber den Zweck und Nutzen werden wir in der nächsten Parteiversammlung sprechen. Im Verschiedenen wurde noch über den Verkauf der Schulpläne und über den Neubau einer neuen Schule gesprochen. Es unterrichten jetzt zwei Lehrer in 65 Stunden 214 Kinder. Leider schienen einige Vertreter es bei den traurigen Schulverhältnissen noch gar nicht für nötig zu halten, ein drittes Klassenzimmer zu schaffen. Ein Vertreter äußerte, vor 30 und 40 Jahren hätten die Lehrer noch mehr Kinder unterrichtet und die Kinder hätten mehr gelernt, wie heute. Genossen, bei der nächsten Wahl habt ihr Gelegenheit, dem Vertreter für seine rückständigen Ansichten eine Belehrung zu erteilen. — Recht traurige Verhältnisse bestehen auch in unserer Gemeinde betreffs des Armenhauses. Es ist nur ein altes Gebäude vorhanden, welches von einer Familie bewohnt wird. Auch hier ist es notwendig, daß die Gemeindevertretung sich baldigst auf ihre Pflicht besinnt und Remedur durch einen Neubau schafft.

Zeitz. Nach 35 Jahren — „lästiger Ausländer". Vom Amtsvorsteher in Rasberg wurde dieser Tage der fast 60jährige Böttchergeselle Ferdinand Brunhölzl als lästiger Ausländer ausgewiesen. Mit einem Zwangspaß über Görlitz nach seiner Heimat Engelmannsbrunn in Niederösterreich versehen, hat der Ausgewiesene Rasberg und Zeitz verlassen müssen. Brunhölzl ist 35 Jahre lang dem preußisch-deutschen Unternehmertum als Ausbeutungsobjekt lieb und wert gewesen. Nach seinen eigenen Angaben hat er früher oft mit der Polizei zu tun gehabt, aber nie hat sich irgendein Polizeigewaltiger bewogen gefühlt, den arbeitsfähigen kräftigen Mann als lästig über die Grenze zu weisen. Jetzt soll ein leidiger Familienzwist die Ursache sein, daß ein fast 60jähriger immer noch fleißiger Arbeiter aus seiner Arbeit gerissen und über die Grenze gejagt wird. Seinen Papieren nach ist ihm als Arbeiter nichts vorzuwerfen. Da es den Umständen nach recht schwer ist, die Ausweisungsordre rückgängig zu machen, beschränkten sich unsere Zeitzer Genossen darauf, den mit seinerlei Banden mit seiner Geburtsheimat verknüpften Mann dahin aufzuklären, daß die Nachbefragnisse der preußischen Amtsvorsteher da aufhören, wo die Grenzpfähle anders als schwarz-weiß gestrichen sind. Noch ist der Mann nicht ganz mittellos, er kann außerhalb Preußens auf die Marschroute bis Görlitz pfeifen. Wer bürgt aber dafür, daß der alte Mann nicht nach Monaten schon mittelos auf der Landstraße herumirrt und als „Arbeitsscheuer" untergeht, nachdem er ein Menschenalter hindurch fleißig und arbeitsam gewesen ist? Dann waschen patentierte Staatsstützen und sittlich fromm „erzüchtigte" Patrioten ihre Hände in Unschuld.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 24. Februar 1913.

Ein interessanter Experimentalvortrag.

Der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiterschaft veranstaltet am morgigen Dienstag abend einen lehrreichen Experimentalvortrag, der in gründlicher Weise die Gebiete: Telephon, Mikrophon, Telegraphie ohne Draht und Tönende Funken behandeln wird. Jedermann kennt freilich das Telephon, aber nur äußerlich. Doch wie es arbeitet, wie es wirkt, welche sinnreiche Benutzung von Naturkräften seiner Praxis zugrunde liegt, das ist den wenigsten bekannt. Noch viel interessanter ist eine erklärende Darstellung der Telegraphie ohne Draht, die ihre Wirksamkeit ja bereits auf den Halbmesser der Erde erstreckt hat. All diese wunderbaren Erfindungen durch erläuternde Experimente den Besuchern begreiflich und anschaulich zu machen, ist der Zweck des Vortrags. Ein theoretisch gebildeter und praktisch geschulter Fachmann, Herr Telegraphen-Ingenieur Herricht aus Eisenach, ist für den Experimentalvortrag verpflichtet worden. Der Bildungsausschuß erhofft diesmal recht guten Besuch, umso mehr, als diese Veranstaltung ist uns nach der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz ein neuer Kronzeuge in einen Bäckerinnung erstanden, die auch von dem ärgsten Konsumvereinsgegner doch als Mittelstandsvertretung anerkannt werden wird.

Der Hamburger Bäckerinnung ist es in ihrem letzten Jahresbericht gelungen, verhältnismäßig objektiv über die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zu urteilen. Sie meint: „In früheren Tagungen der Handwerker und Detailisten hat man häufig einfach die Forderung aufgestellt, die Konsumvereine und Genossenschaften gesetzlich zu verbieten. Das wäre allerdings ein Radikalmittel. Diese Forderung war auch von seiten der Handwerker so lange begreiflich, als sie nicht selbst dazu übergingen, sich auf wirtschaftlichem Gebiete (genossenschaftlich) zusammenzuschließen. Nachdem sie aber nun diesen Weg betreten haben, wäre es doch gewagt, das, was man selbst tut, anderen gesetzlich zu verbieten. Das hat man auch eingesehen und ist infolge dieser Einsicht von der radikalen Forderung des gesetzlichen Verbots überall abgegangen. Man beschränkt sich jetzt darauf, nur solche Forderungen zu stellen, die der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen. Bevor wir uns hier näher mit diesen Forderungen beschäftigen, wollen wir zunächst einmal die Frage beantworten: Bringen die Konsumvereine ihren Mitgliedern wirklich Vorteile? Das muß im allgemeinen bejaht werden. Der Konsumverein ist infolge seines großen Umsatzes in der Lage, billig einzukaufen. Der gleiche Umstand begünstigt ihn bezüglich der Unkosten. . . . Wenn niedrig entlohnte Arbeiter sich zusammenschließen, um ihre Bedürfnisse möglichst billig einzukaufen, so hat das, wenigstens vom Standpunkte des Arbeiters aus, seine Berechtigung."

Also Arbeiter und Arbeiterfrauen, kauft nur im Konsumverein, der trotz alles Krämergeredes am besten und billigsten liefert.

Die Gasmessermiete ungesetzlich.

Ein auch für die Hallenschen Gaskonsumenten sehr interessanter Fall kam nach dem Berliner Tageblatt vor dem Amtsgericht Delmenhorst zur Verhandlung. Im dortigen Bürgerverein wurde zur Sprache gebracht, daß man nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht mehr verpflichtet sei, für eine von der Gasanstalt gelieferte Gasuhr Miete zu bezahlen. Eine Reihe von Gasabnehmern beschloß hierauf, die Sache zum gerichtlichen Austrag zu bringen und für die etwaigen Kosten solidarisch zu haften. Einer verweigerte die Zahlung des Mietpreises für die Gasuhr, worauf seitens der Gasanstalt der Klageweg beschritten wurde. Die Gasanstalt wurde mit ihrem Antrag auf Grund des § 443 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wonach die „Kosten der Uebergabe der verkauften Sache, insbesondere die Kosten des Messens und Wägens, dem Verkäufer zur Last fallen", kostenpflichtig abgewiesen. Das Amtsgericht gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß sogar die Rückerstattung der seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches entrichteten Miete für Gasuhren verlangt werden könne. Die gleichen Grundsätze dürften für die Miete von Wassermessern und Elektrizitätsmessern Geltung haben.

* **Eine Anzahl Petitionen** werden die heutige Stadtverordneten-Sitzung beschäftigen, die vom Petitions-Ausschuß in seiner letzten Sitzung vorberaten sind. In einigen Petitionen städtischer Arbeiter wird die Einrichtung von Lohnstaffeln und Schaffung von Arbeiter-Ausschüssen für die städtischen Werke verlangt. Hinsichtlich der Lohnstaffeln wurde im Ausschuß darauf hingewiesen, daß bereits auf unseren Werken eine derartige Einrichtung besteht; wo Lohnstaffeln noch nicht vorhanden sind, erwartet man ihre baldige Einführung. Dem Verlangen auf Ein-

Handwerker, Detaillisten und Arbeiter-Konsumvereine.

Wir hatten vor einigen Tagen Gelegenheit, bei der Kritik der Arbeitsausschreibung der hiesigen Polizeiverwaltung, uns wiederum für die Unterstützung der Handwerker-Genossenschaften zu erklären. Einigen Krämern aber, die uns wegen einer früheren Feststellung der Krämerprofite mit anonymen Briefen bedacht hatten, konnten wir bei der Gelegenheit nachweisen, daß der Genossenschaften gründende Mittelstand nur sein eigenes Nest beschmutze, wenn er andere Genossenschaften herabwürdigt und bekämpft. Für diese Feststellung ist uns nach der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz ein neuer Kronzeuge in einen Bäckerinnung erstanden, die auch von dem ärgsten Konsumvereinsgegner doch als Mittelstandsvertretung anerkannt werden wird.

Der Hamburger Bäckerinnung ist es in ihrem letzten Jahresbericht gelungen, verhältnismäßig objektiv über die Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zu urteilen. Sie meint: „In früheren Tagungen der Handwerker und Detailisten hat man häufig einfach die Forderung aufgestellt, die Konsumvereine und Genossenschaften gesetzlich zu verbieten. Das wäre allerdings ein Radikalmittel. Diese Forderung war auch von seiten der Handwerker so lange begreiflich, als sie nicht selbst dazu übergingen, sich auf wirtschaftlichem Gebiete (genossenschaftlich) zusammenzuschließen. Nachdem sie aber nun diesen Weg betreten haben, wäre es doch gewagt, das, was man selbst tut, anderen gesetzlich zu verbieten. Das hat man auch eingesehen und ist infolge dieser Einsicht von der radikalen Forderung des gesetzlichen Verbots überall abgegangen. Man beschränkt sich jetzt darauf, nur solche Forderungen zu stellen, die der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen. Bevor wir uns hier näher mit diesen Forderungen beschäftigen, wollen wir zunächst einmal die Frage beantworten: Bringen die Konsumvereine ihren Mitgliedern wirklich Vorteile? Das muß im allgemeinen bejaht werden. Der Konsumverein ist infolge seines großen Umsatzes in der Lage, billig einzukaufen. Der gleiche Umstand begünstigt ihn bezüglich der Unkosten. . . . Wenn niedrig entlohnte Arbeiter sich zusammenschließen, um ihre Bedürfnisse möglichst billig einzukaufen, so hat das, wenigstens vom Standpunkte des Arbeiters aus, seine Berechtigung."

Also Arbeiter und Arbeiterfrauen, kauft nur im Konsumverein, der trotz alles Krämergeredes am besten und billigsten liefert.

Volkspark, G. m. b. H.

Mittwoch, den 26. Mts., abends 8½ Uhr, **Gesellschafter-Sitzung** im Volkspark.

Der Streit um das Hallenschwimmbad.

Kaum sind die notwendigsten Angaben über das neue Projekt bekannt geworden, da sind auch schon wieder die Gegner der Reinlichkeit auf den Eselswiesen der Lokalpresse im Gange und suchen allen möglichen Dreck hervor, um dem neuen Projekt wieder Schwierigkeiten zu machen. Es ist deshalb erfreulich, daß mitgeteilt werden kann, daß das geplante Hallenschwimmbad wahrscheinlich schon in der ersten Sitzung des nächsten Monats die Stadtverordneten beschäftigen wird. Das Projekt, das Stadtbaurat Jost vollständig neu bearbeitet hat, hat die Zustimmung sowohl der betreffenden Deputation und des Magistrats, wie auch der Stadtverordneten, die bisher Einblick nehmen konnten, gefunden. Als Bauplatz für das Bad ist die alte Stadtgärtnerei in der Schimmelstraße beibehalten. Es sind zwei große Schwimmhallen, je eine für Männer und Frauen, vorgesehen. Daneben eine große Anzahl Brausebäder, Wannenbäder usw. Gespeist soll die Anstalt werden mit dem Kondenswasser vom Elektrizitätswerk, das durch eine Rohrleitung dorthin gedrückt wird. Der Bezug dieses Wassers, der mit 40 Grad etwa vom Elektrizitätswerk abgegeben wird und mit etwa 38 Grad in der Anstalt ankommt, bedeutet für das Schwimmbad eine außerordentliche Ersparnis.

Diese billige Wasserlieferung ist es, bei der die offenen und versteckten Gegner einsetzen, um Schwierigkeiten zu machen. Einer dieser Leute, der sich die Eselswiese des Generalanzeigers als für ihn geeigneten Tummelplatz erkoren hat, zerrt alles, was gegen die Benutzung des Kondenswassers des Elektrizitätswerkes sprechen konnte, hervor. Der „Reinlichkeitsfreund" schreibt:

„Nach meiner Kenntnis benutzt das städtische Elektrizitätswerk zur Speisung der Kondensation der Dampfmaschine und zur Kühlung der Dieselmotoren das Wasser aus der Saale. Warmes Wasser von 35—40 Grad Celsius steht dort, wie überall, wo mit solchen Kondensationen gearbeitet wird, überreichlich zur Verfügung, und zwar fast ganz kostenlos. Für diesen Zweck werden auch an das Wasser keine besonderen Ansprüche wegen der Reinheit gestellt. Anders ist dies bei Wasser für Badezwecke. Nach meiner Auffassung kann das Saalewasser auf ein hygienisch einwandfreies Badewasser längst keinen Anspruch mehr erheben. Und dann — wie steht es im Falle einer durch irgendwelche Umstände herbeigeführten Verseuchung?"

Es folgt dann ein langes Register der Städte und Orte, die die Saale und ihre Nebenflüchen verseuchen und verschmutzen. Nur schade, daß der kluge Herr falsch unterrichtet ist. Es wird nämlich nicht Wasser direkt aus der Saale benutzt, sondern Wasser aus Brunnen, die allerdings in der Saaleniederung liegen. Wenn nun auch bauernd Saalewasser nach den Brunnen durchsickert, so selbstverständlich der grobe Schmutz nicht mit. Trotzdem wird aber das Wasser der Brunnen nochmals durch Kiesfilter gereinigt, und dann noch durch einen chemischen Reinigungsprozeß von seinem starken Eisengehalt befreit, so daß es nach ärztlichen und chemischen Gutachten durchaus einwandfrei an die Schwimmhalle abgegeben

Verehrte Hausfrauen!

Achtet darauf, daß Ihr stets das erhaltet, was Ihr verlangt. Es ist in letzter Zeit so oft versucht worden, Euch anstelle der rühmlichst bekannten Edel-Pflanzenbutter-Margarine „Aromin" andere Sorten zu geben, die an Aromin bei weitem nicht heranreichen.

Aromin hat gleichen Nährwert und Geschmack wie Naturbutter. Es schmeckt also Euren Kindern ebenso gut und trägt zu deren Ernährung genau so bei, wie Naturbutter.

Daran denket und gebet genau darauf acht, daß Ihr die blau-weiße Packung mit dem groß darauf gedruckten, gesetzlich geschützten Worte „Aromin" erhaltet und weist alles andere als ebenso gut angeboten, energisch zurück.

Aromin ist in den meisten besseren Geschäften stets frisch zu haben.

*2328 General-Vertreter: Julius Kresse, Halle (Saale), Pfännerhöhe 4. Telephon 3332.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0007

setzung von Arbeiter-Ausschüssen stellte sich der Ausschuß freundlich gegenüber. Man will vorschlagen diesen Teil der Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Petition betreffend den Fortbildungsschulbesuch für Hausangestellte soll dem Magistrat zur Erwägung überwiesen werden. Die Eingabe zur Erlangung gärtnerischer Arbeiten, sowie der Einspruch gegen Einrichtung einer städtischen Gärtnerei auf dem Nord-Friedhof, wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

* **Das Fortbildungsschulgebäude,** das neuerdings projektiert ist, soll, wie verlautet, am Trödel errichtet werden, womit dann die Gegend endlich ein anderes Aussehen erhalten würde.

* **Profit.** Bei der Portland-Zementfabrik Halle beträgt nach dem Rechnungsabschluß pro 1912 der Brutto-Gewinn 170 543,94 Mark (1911 102 960,17 Mark). Die Abschreibungen wurden auf 55 155,01 Mk. festgesetzt. Der General-Versammlung soll vorgeschlagen werden, aus dem verbleibenden Ueberschuß von 115 388,93 Mk. (1911 54 975,40 Mk.) dem gesetzlichen Reserve-Fonds zuzuführen und 6 Proz. Dividende zu verteilen. — Dem Kaliwerk Krügershall, Aktiengesellschaft, Halle (Saale) hat nach dem Geschäftsbericht für 1912 dies Jahr eine erhebliche Steigerung des Absatzes gebracht, der nunmehr einen Wert von etwa 177 Millionen Mark erreicht hat. Die Jahresrechnung schließt nach Abrechnung von 5 Proz. für den gesetzlichen Reservefonds und der an Direktion und Aufsichtsrat gezahlten Tantieme ab mit einem Reingewinn von **1 030 630,90 Mk.** Der Vorstand macht den Vorschlag, an die Aktionäre eine Dividende von 8 Proz. zur Auszahlung zu bringen. — Feine Gewinne für's Nichtstun.

* **Beleuchtungs-Ausstellung.** Wie berichtet wird, will der Magistrat im März eine Ausstellung, die die Beleuchtungsgegenstände aus der städtischen Gasanstalt vorführt, im Saale der alten Volksschule an der Neuen Promenade veranstalten. Die hiesige Klempner- und Installateur-Innung ist ersucht worden, die Installation zu übernehmen. Dann soll eine Reihe von Vorträgen durch Fachleute gehalten werden, in denen das Publikum auf die Vorteile des Gases für Licht- und Heizzwecke aufmerksam gemacht wird.

* **Eine Revision der Invaliden-Versicherungskarten** findet Montag, 24. und Dienstag, 25. Februar, statt für die Geiststraße, Mittwoch, 26. Februar, für die Breitestraße, Leitergasse, Donnerstag, 27. Februar, für die Fleischerstraße, Freitag, 28. Februar, für Große und Kleine Wallstraße, Dienstag, 4. März, für die Ulestraße, Mittwoch, 5. März, Am Kirchtor und Jägerplatz, Donnerstag, 6. März, für die Henriettenstraße, Freitag, 7. März, für die Laurentiusstraße. Zu diesem Zwecke sind die Quittungskarten, Aufrechnungsbescheinigungen, Dienst- und Arbeitsbücher, Lohnlisten sowie Krankenkassen-Ausweise, die ergeben, zu welcher Klasse jeder der Versicherten steuert, in den Geschäftsräumen, sonst in der Wohnung, bereit zu halten.

* **Die Eisbahnen** mußten gestern nachmittag geschlossen werden, weil das Eis infolge der milderen Witterung brüchig geworden war.

* **Stadttheater.** Hinter Mauern, das Schauspiel von Henri Nathansen, das in der deutschen Uebersetzung aus dem Dänischen von John Josephsohn am Dienstag zum 1. Male in Szene geht, ist eine der interessantesten Erscheinungen der modernen dramatischen Produktion. Die Inszenierung hat Herr Regisseur Sieg übernommen. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Herren Sieg, Hofer, Fahrenbach, Rieth, Friedrich und vom Weber, sowie die Damen Höcker, Oferta, Welden, Brandow und Wolf. Die wichtige Kinderrolle spielt die kleine Held. — Mittwoch zum letzten Male: Die Meistersinger von Nürnberg. Donnerstag zum ersten Male wiederholt: Grigri von Paul Lincke. Freitag zum zweiten Male: Hinter Mauern.

* **Vom Balkon herabgestürzt.** In einem Hause am Kirchtor stürzte ein 30 Jahre altes Dienstmädchen vom Küchenbalkon des 3. Stockwerks in den Hof hinab und hat sich dabei schwere Verletzungen zugezogen. Die Verunglückte hat, sich über die Brüstung hinauslehnend, nachsehen wollen, ob das Dienstmädchen im 2. Stock anwesend sei, wobei sie das Gleichgewicht verlor. Sie wurde mittels Krankenwagens nach der Klinik gebracht.

* **Die Feuerwehr** wurde gestern abend zur Ablöschung eines Ofenrohrbrandes nach Forsterstraße 5 gerufen.

* **Von der Straße.** In der Leipziger Straße wurde ein Schüler von einer Kraftdroschke angefahren und zu Boden gerissen. Der Knabe, der scheinbar Verletzungen nicht davongetragen hat, wurde mit der Kraftdroschke nach der elterlichen Wohnung gefahren. — In der Gr. Märkerstraße verendete plötzlich infolge Darmverschlingung ein Pferd eines hiesigen Fuhrwerksbesitzers. Das Tier wurde von der hiesigen Fleischmehl-Fabrik abgeholt.

* **Blutige Schlägereien.** In einem hiesigen Vergnügungslokale in der Magdeburger Straße fand in der Sonnabend-Nacht zwischen dem Vorsitzenden eines Vereins, der dort eine Lustbarkeit veranstaltete, und mehreren Gästen eine Schlägerei statt. Ein Kaufmann wurde gegen eine Glastür geworfen. Er zerschnitt sich hierbei an der rechten Hand die Pulsader. Der Arm wurde abgebunden und der Verletzte begab sich sofort zur Klinik. — In einer Schankwirtschaft in der Mansfelder Straße kam es ebenfalls zwischen mehreren Arbeitern zu einer Schlägerei, wobei einem Beteiligten ein Glied des Ringfingers der rechten Hand vollständig abgebissen wurde. Ein anderer Beteiligter hat geringe Fleischwunden am Arm davongetragen. Beide wurden von einem Arzte verbunden. — Auf dem Stege wurde am Sonnabend ein Mann von zwei Arbeitern nach vorhergegangenem Wortwechsel derart mit einem Messer in den Rücken, Kopf und Hals gestochen, daß er sich in das Elisabeth-Krankenhaus begeben mußte. Die Täter, Arbeiter Otto und Friedrich Pallas, wurden festgenommen. — In der vergangenen Nacht kam es dann noch in einer Schankwirtschaft auf dem Martinsberg zu einer größeren Schlägerei. Einer der Beteiligten erhielt eine stark blutende Kopfwunde, auch wurde ihm der Anzug zerrissen.

* **Taschendiebstahl.** In der Nacht zum 23. Februar wurde einem auswärtigen Landwirt in einer hiesigen Schankwirtschaft eine Brieftasche mit 300 Mk. Inhalt aus der Brusttasche gestohlen. Ein als verdächtig bezeichneter Gast, ein Steinsetzer, wurde von zwei herbeigerufenen Polizeisergeanten verfolgt und in seiner Wohnung festgenommen, woselbst auch das Geld, auf einem Tische liegend, vorgefunden wurde.

* **Gestohlen** wurden: am 18. 2. 13 ein weißleinenes Damenhemd, gez. E. H., drei rotgestreifte Gerstenkornhandtücher; eine rotgestreifte Schürze; ein weißwollener Kragenschoner; am 20. 2. 13 ein Herrenfahrrad, Marke Dürkopp, schwarzer Rahmenbau, gelbe Felgen mit schwarzen Streifen, leicht nach unten gebogene Lenkstange, Dürkoppfreilauf, grüne Filzsatteldecke; am 21. 2. 13 ein älteres Herrenfahrrad mit schwarzem Rahmenbau, schwarzen Felgen, gerader Lenkstange und rotem Firmenschild mit weißer Aufschrift: Konditorei Grötzner, ohne Freilauf.

Genossenschaftliches.

Die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine

war im Jahre 1912 eine überaus glänzende. Der Warenumsatz stieg von 109 605 469,39 Mk. auf 135 907 173,21 Mk., also um 26 301 703,82 Mk. = rund 24 Prozent. Der Umsatz der Zigarren- und Tabakfabriken erhöhte sich von 2 692 608,25 Mk. auf 3 365 528,24 Mk., also um 672 919,99 Mk. = 25 Prozent. Aehnlich entwickelte sich die Seifenfabrik. Sie steigerte ihren Umsatz von 4 863 904,30 Mk. auf 5 539 737,66 Mark, also um 675 833,36 Mk. = fast 14 Prozent. Ganz gewaltige Fortschritte machte die Bankabteilung. Sie setzte auf Girokonto um im Kredit 156 877 109,73 Mk. gegen 97 242 189,85 Mk. im Vorjahr, also 59 634 919,88 Mk. oder reichlich 61 Prozent mehr; im Debet 154 537 935,19 Mk. gegen 95 489 351,39 Mk. im Vorjahr, also 59 048 583,80 Mk. oder fast 62 Prozent mehr.

Dieses allgemeine Wachstum darf die deutschen Genossenschaften mit berechtigtem Stolz erfüllen. Während die englische Großeinkaufsgesellschaft im 19. Jahre ihres Bestehens es erst auf 83 Millionen Mark Umsatz gebracht hatte, weist die deutsche nach neunzehnjähriger Tätigkeit bereits 136 Millionen Mark auf. Das eröffnet die schönsten Aussichten für die Zukunft.

Stadt-Theater.

Grigri. Operette in drei Akten von Bolten Baeckers und Henriot Chancel. Musik von Paul Lincke. Eine Operette muß, so will es die Tradition, entweder in Wien oder in Paris spielen. Grigri versetzt uns im ersten Akt nach Afrika, nachher nach Paris. Grigri ist die Tochter des Negerkönigs Magawewe, der [illegible]r auf sie nicht abgefärbt hat. Das nähere über das Mangelhafte seiner Vaterschaft wird in der Operette berichtet. Grigri ist natürlich jung und schön, so daß sich der Konsul schleunigst in sie verliebt und sie sogar, auf ihren besonderen Wunsch, heiratet. Allerdings nur nach den Sitten des Landes, die, wie er meint, zu nichts verpflichten. Im 2. Akt finden wir ihn in Paris anderweitig verheiratet wieder; aber Grigri läßt sich auf die Dauer nicht vertrösten, sie reist ihm in Begleitung ihres schwarzen Herrn Papa nach, der in Paris gleichfalls ein wichtiges Geschäft zu erledigen hat. Von der weiteren Handlung wollen wir nur verraten, daß Grigri ihren Konsul natürlich bekommt, zumal seine zweite legitime Gattin mit Vergnügen die Gelegenheit ergreift, mit ihrem Vetter durchzugehen. Die düpierte Mama aber bekommt den König a. D. — Die beiden Textdichter haben sich mit wechselndem Geschick ihrer Aufgabe entledigt. Besondere Originalität ist nicht zu rühmen, aber es sind einige dankbare Figuren geschaffen. Der Hauptfehler, an dem unsere gesamte gegenwärtige Operettenproduktion krankt, ist wieder der, daß es durchaus für nötig gehalten wird, rührende Episoden zu bieten. Besonders der erste Akt leidet darunter, daß er fast aus lauter lyrischen Ruhepunkten besteht, zwischen denen die wirkliche operettenhaft belebten Szenen als Oasen empfunden werden. Warum muß z. B. gleich am Anfang der Konsul beim Empfang des Briefes aus Paris einen Gesang auf die Heimat anstimmen, während dessen das Volk sich in den Hintergrund zurückzieht und sich unmotiviert ruhig verhält? Die beiden folgenden Akte sind in dieser Hinsicht besser gelungen, obwohl nicht zu leugnen ist, daß zuletzt das Varieté reichlicher als nötig zur Beteiligung herangezogen ist. Die Musik nimmt auf die sentimentalen Bedürfnisse der Dichter und des Publikums allzu viel Rücksicht. Der Komponist hätte es immer noch in der Hand, über undramatische langweilige Partien elegant hinwegzuvoltigieren; aber wer wollte im Ernst verlangen, daß er sich damit ins eigene Fleisch schnitte, da doch gerade das schmalzig Gefühlvolle seine Stärke ist? Und das haben die Leute so gerne! In der Hauptsache setzt uns Lincke hier eine reichhaltige Sammlung abgestandener Reminiszenzen vor. Einige pikante, flotte Stellen sind Ereignisse.

Die Operette ist an unserem Theater unleugbar das bestkultivierte Gebiet. Diesen „Ruhm" wollen wir ihm gern gönnen. So hinterließ denn die Aufführung, da die einzelnen Rollen sich meist in geeigneten Händen befanden, günstige Eindrücke. Die schwarze Majestät, Magawewe, fand in Georg Thieß einen Vertreter von zwerchfellerschütternder Komik. Auch als Tänzer gab er erstaunliche Proben einer Beweglichkeit, die ihm sicher nicht jeder zugetraut hätte. Hierin stand ihm Rosie Sebald als gleichwertige Partnerin zur Seite. Sie besitzt ein entschiedenes Talent für das Grotesk-Komische; in diesem Sinne hatte sie die Madame Brocart aufgefaßt, eine Dame aus den hohen, beinahe höchsten Gesellschaftskreisen, die von der Minne süßer Not in die Arme und das Garderobezimmer des Negers getrieben wird, ein Fall, dem ja bekanntlich Ereignisse der jüngsten Vergangenheit mehrfach Vorbilder geliefert haben. Otto Peters spielte den Konsul elegant und leicht, erinnerte aber zu sehr an früher von ihm dargestellte Rollen, zumal er auf jede Maske verzichtet hatte. Hierin konnte der Franzose stärker betont werden. Von urwüchsigem Humor war Fritz Gruselli als Pantoufle, Mieze Hausmann steuerte durch ihr übermütiges Spiel nicht wenig zur rechten Operettenstimmung bei. Daß sie auch gesanglich Gutes bot wurde angenehm empfunden. Ihr Weggang würde für die Bühne einen bedauerlichen Verlust bedeuten. Als besonders gelungen erwähnen wir noch den aufgeregten Regisseur des Apollogartens um den sich Paul Jungk mit unbestrittenem Erfolg verdient macht. Irmgard Kühn als reizende Grigri, Karl Stahlberg als vielseitiger Poivre trugen gleichfalls in löblicher Weise zum Gelingen bei.

Waren die Einzelleistungen befriedigend, so ließen die Ensemblesätze manches zu wünschen übrig. Dem Quartett am Telephon im 2. Akt fehlte jegliche Glätte, auch sonst wurde die Uebereinstimmung mit dem Orchester häufig vermißt. Der Komponist dirigierte sein Werk selbst, ohne daß wir behaupten möchten, daß unser Operettenkapellmeister es nicht mindestens ebenso gut gemacht hätte. Der Gast wurde lebhaft applaudiert und konnte nach jedem Aktschluß für den Empfang eines Kranzes dankend quittieren.

W. A.

Allerlei.

Schneestürme in Spanien.

Schwere Schneestürme werden aus allen Teilen Spaniens gemeldet. Auch aus Catalonien laufen Hiobsposten ein. Zwei Züge sind in der Nähe von Carinera und drei weitere auf der Strecke nach Utrillas im tiefen Schnee stecken geblieben. Ueber das Schicksal der Reisenden ist man sehr beunruhigt. Die Absendung von Hilfszügen hat sich als zwecklos erwiesen, da sie ebenfalls unterwegs unfreiwilligen Aufenthalt nehmen mußten. Ein heftiger Sturm hat in Almeria beträchtlichen Schaden angerichtet. Eine Anzahl Häuser sind eingestürzt. Eine Barke, mit fünf Personen besetzt, kenterte, alle Insassen sind ertrunken.

Die Hilfsexpedition nach Spitzbergen.

Wie aus Christiania mitgeteilt wird, übernimmt nach den abschließenden Verhandlungen im norwegischen Auswärtigen Amte Kapitän Stazrud endgültig die Leitung der Hilfsexpedition nach Spitzbergen. Die Expedition wird aus neun Mann, darunter drei Lappländern, bestehen. Der Seehundsfänger Hertha, der für die Hilfsexpedition zur Rettung der deutschen Spitzbergenexpedition nach Spitzbergen bestimmt wurde, ist früher auf einer der Forschungsreisen des Herzogs der Abruzzen benutzt worden. Die Hertha soll die Hilfsexpedition nach Spitzbergen bringen und darauf nach den gewöhnlichen Fangorten um Grönland herum weitergehen. Die Mitglieder der Hilfsexpedition werden mit den Ueberlebenden der Schröder-Stranz-Expedition mit dem ersten von Spitzbergen abgehenden Schiffe, wahrscheinlich Ende Mai, nach Norwegen zurückkehren. Die Hertha geht wahrscheinlich morgen von dem Hardanger-Fjord nach Tromsö ab, wo die Ankunft in etwa zehn Tagen erfolgen wird. Die Hilfsexpedition nimmt dort eine Landungsabteilung, vielleicht auch einen besonderen Eislotsen, an Bord. Das Schiff geht darauf direkt nach Alten, wo Lappländer und Renntiere eingeschifft werden, und nimmt dann seinen Kurs nach Spitzbergen. Die Ausrüstung mit Schlitten erfolgt teils in Christiania, teils in Tromsö, wo auch starke finnische Hunde eingeschifft werden.

Nachklänge zur Titanic-Katastrophe.

Der Beschluß des Neuyorker Appellationsgerichts gestattet den Angehörigen der Opfer der Titanic-Katastrophe, die White Star Line sofort für den ganzen erlittenen Schaden haftbar zu machen. Die White Star Line hatte in dieser Angelegenheit einen Aufschub von einjähriger Dauer bewilligt erhalten. Ein Advokat, der über 200 Geschädigte vertritt, hatte jedoch gegen diesen Beschluß des Appellationsgerichts Berufung eingelegt. Man erwartet, daß nunmehr gegen die White Star Line Ersatzansprüche in Höhe von 10 Millionen Dollar gestellt werden. Alle dahingehenden Ansprüche müssen bis zum 15. April d. J. erhoben werden.

Kleines Allerlei. Ein Pfarrer als Brandstifter. In Landrais bei Rochefort (Frankreich) wurden der Pfarrer Ribero und vier Leute seiner Umgebung unter der Beschuldigung verhaftet, das Pfarrhaus in Brand gesteckt zu haben, um die bedeutende Versicherungssumme ausgezahlt zu erhalten. — Sechs Kinder sind auf den seeartigen Erweiterungen der Dahme bei Königswusterhausen eingebrochen. Zwei von ihnen, der elfjährige Karl Hörnow und der gleichaltrige Ernst Grund, sind ertrunken, ein Knabe starb unmittelbar nachdem er den kalten Fluten entrissen worden war, die übrigen drei konnten gerettet werden. — Schreckenstat eines Wahnsinnigen. In dem westfälischen Dorf Gescher erschlug der 26jährige Bauernsohn Dunker in einem Wahnsinnsanfall mit einem eisernen Gasrohr seine Mutter, eine Dienstmagd und den Bauern Assing. Nach schwerem Kampf konnte der Wahnsinnige von seinem Bruder gefesselt werden. Er wurde in die Heilanstalt Münster gebracht. — Grubenunglück. Auf Zeche Mathias Stinnes bei Essen wurden zwei Bergleute von herabstürzenden Gesteinsmassen getötet. — Ein Ausbruch des auf der Halbinsel gelegenen Vulkans Beresowsky hat stattgefunden. Der Aschenregen erstreckt sich auf einen Umkreis von zehn Werst.

Letzte Nachrichten.

Zur Erschießung Maderos.

Paris, 24. Februar. Wie von mehreren Blättern aus Mexiko gemeldet wird, findet dort die amtliche Darstellung von der Tötung Maderos und Suarez' wenig Glauben. Man sei im Gegenteil davon überzeugt, daß die Geschichte von dem Angriff der Eskorte eine bloße Erfindung sei und daß Madero und Suarez von den Leuten Huertas ermordet worden seien. (Ganz unsere Meinung. Red. d. Volksbl.) Die Gesandten der Vereinigten Staaten und Japans hätten wiederholt dringende Schritte um Freilassung Maderos und Suarez' unternommen.

Washington, 24. Februar. Nach einem Telegramm des Botschafters Wilson aus Mexiko hat das diplomatische Korps, das von dem Minister de la Barra zum Frühstück geladen worden war, beschlossen, der Einladung nicht Folge zu leisten, solange die Umstände, unter denen Madero und Suarez den Tod fanden, nicht genügend aufgeklärt sind.

Ein Eisenbahnzug in einen Fluß gestürzt.

Paris, 24. Februar. Aus Oviedo wird gemeldet: Infolge von Schneeverwehungen entgleiste ein Zug und stürzte in ein Flußbett. Der Heizer wurde getötet, ein anderer Zugbediensteter erlitt Verletzungen.

Großfeuer.

Koburg, 24. Februar. In Gr. Garnstadt brach gestern abend Feuer aus, das einen großen Umfang annahm. Vier Bauerngehöfte mit sämtlichen Stallungen, Scheunen und Nebengebäuden, insgesamt sieben größere und viele kleinere Gebäude, sind niedergebrannt. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Literarisches.

Teuerung, Warenpreise und Goldproduktion. Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, herausgegeben von Max Grunwald, ist soeben Heft 7: Teuerung, Warenpreise und Goldproduktion von J. Karski erschienen. 64 Seiten Oktav. Preis 50 Pf. — In den letzten Jahren ist in der Neuen Zeit eine interessante Diskussion über die Beziehungen gepflogen worden, die inzwischen der Bewegung der Goldproduktion und der herrschenden chronischen Teuerung bestehen. Genossen wie Otto Bauer-Wien, Eugen Varga, Karski und Kautsky haben dazu das Wort genommen. In der vorliegenden Schrift nun geht Genosse Karski eingehend auf diese Probleme ein und setzt sich auch mit den Ansichten auseinander, die von den seinigen abweichen. Bei der gründlichen Kenntnis des Wirtschaftslebens, über die der Verfasser verfügt, ist jedem Genossen, der sich für die erwähnten Fragen interessiert, die Anschaffung der kleinen Schrift dringend zu empfehlen, zumal diese auch ausführliche und gut brauchbare Tabellen über die Produktions- und Preisbewegung der wichtigsten Waren enthält.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Standesamtliche Nachrichten

Halle-Süd (Steinweg 2), 22. Febr.

Aufgeboten: Maler Schumann und Meta Semm (Merseburgerstraße 15). Arbeiter Fitzner und Selma Gölicke (Schmiedstraße 28 und Dieskauerstraße 7). Arbeiter Trensch und Ida Wolf (Merseburgerstraße 147 und Taubenstraße 4). Kaufmann Enghardt u. Sophie Preller (Zwingerstr. 14 u. 6). Gartenbautechniker Schützeichel u. E. A. Küstermann (Göttingen und Hettstedt). Schiffer Sonnenschmidt und K. A. M. Schneider (Alsleben und Zorge). Ingenieur Klügel u. C. L. V. Püschel (Nordhausen u. Sangerhausen).

Eheschließungen: Schmied Goller u. Klara Vondran (Saalberg 12). Stallschweizer Müller und Klara Henneberg (Eismannsdorf und Domstraße 1). Schlosser Hartung und Minna Sparing (Bruckdorferstraße 5 und Huttenstraße 5a).

Geboren: Arbeiter Bohnhardt T. (Merseburgerstr. 64). Arbeiter Goldstein T. (Thomasiusstraße 2). Zugabfertiger Stehfest T. (Steinbergstraße 8). Vizewachtmeister Wegner T. (Merseburgerstr. 64). Stellmacher Putz S. (Merseburgerstraße 147). Steinsetzer Rickel S. (Torstraße 49).

Gestorben: Markthelfers Richter Sohn, 7 Mon. (Salzstraße 6). Müllers Knoch aus Kindelbrück S., 9 J. (Klinik). Küchenmeisters Müller Ehefrau Anna geb. Kuhnt, 52 J. (Herrenstraße 6). Techniker Flieth, 23 J. (Jakobstraße 47). Schneidermeisters Engler Ehefrau Karoline geb. Schaaf, 63 Jahre (Spitze 38). Kaufmann Richter, 32 J. (Schwetschkestraße 10). Invalide Hädrich aus Röpzig, 67 J. (Bergmannstroft).

Halle-Nord (Gr. Brunnenstr. 3a) 22. Februar.

Eheschließungen: Schlosser Weidmann und Lydia Geilert (Neumarktstraße 5). Arbeiter Hübner und Friederike Schöwe (Böckstraße 9 und Trothaerstr. 9). Arbeiter Hoffmann und Selma Tille (Trothaerstraße 7 und Saalwerderstr. 23). Arbeiter Müller und Martha Günther (Eichendorffstraße 10 und Kleine Wallstraße 7). Tapezierer Beger und Ida Vogler (Schillerstraße 30). Schlosser Domagalla und Klara Pretsch (Große Wallstraße 11 und Burgstraße 13).

Geboren: Buchhalter Lengner T. (Blumenthalstraße 3). Postboten Linge S. (Göbenstraße 23).

Gestorben: Rangiermeisters Kötel S., 12 J. (Röderberg 13). Arbeiters Meinicke Sohn, 1 J. (Georgstraße 15). Verw. Oberkonsistorialrat und Prof. Pauline Köstlin geb. Schmid, 81 Jahre (Advokatenweg 47).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130225-18/fragment/page=0008